Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

42. Sitzung
27. September 2023

Beginn: 12.05 Uhr
Schluss: 18.47 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Konsensliste angenommen sei. Er weise zudem darauf hin, dass die Berichte rote Nrn. 0720 A und 0335 C, die bei Kapitel 0940 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Außeruniversitäre Forschung und Charité – als e) und f) aufgeführt seien, schon bei Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Hochschulen – als c) und d) zur Mitberatung aufgerufen würden, weil dort die zugehörigen Titel verortet seien.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs**

b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8 i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass weder zu a) noch zu b) entsprechende Drucksachen und Beschlussempfehlungen vorlägen. Der Tagesordnungspunkt sei damit erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 19.09.2023 0495 C
Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023 Haupt
gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

Dr. Kristin Brinker (AfD) merkt an, in der Tabelle in Anlage 1 sei bei den Einnahmen unter „Prognose 2023“ „per 30. Juni 2023“ eingestellt. Wenn man sich das Zahlenwerk anschaue, könne es sich aber nur um eine Jahresspalte handeln. Dies sei vermutlich ein Druckfehler.

Auf Seite 3 bei den Steuereinnahmen zeige der Bericht, dass man tatsächlich mit deutlich geringeren Einnahmen werde rechnen müssen. Auch die rückläufige Grunderwerbsteuer aufgrund der aktuellen Immobilienmarktsituation werde deutlich adressiert.

Sie habe noch Fragen zum Thema Personalausgaben auf Seite 4. Hier seien wahrscheinlich entsprechend geringere Ausgaben virulent. Inwiefern würden Organisationsveränderungen innerhalb der Verwaltung hier grundsätzlich berücksichtigt? Durch die Digitalisierung in der Verwaltung könnten Organisationsveränderungen auf den Weg gebracht werden.

Das Thema konsumtive Sachausgaben – Seite 5 – sei in den Einzelplänen wohl teilweise schon adressiert, sie sei sich aber nicht sicher. Deshalb wolle sie bei dem Unterpunkt „Steigerungen bei Energie-, Lohn- und Fixkosten für S-Bahn- und Regionalbahnverkehr, Straßenregenentwässerung und -reinigung, BVG und BBB“ noch einmal nachfragen, ob es hierzu eine genaue Aufteilung gebe, wie sich beispielsweise die 141 Mio. Euro aufteilten. Falls dies nicht ohnehin vorgesehen sei, hätte sie gern eine solche Aufteilung, wie sich die Steigerungen genau darstellten.

Für die Schülerbeköstigung seien 8 Mio. Euro weniger ausgegeben worden, weil diese weniger in Anspruch genommen worden sei als geplant. Was bedeute das? Liege der Grund bei den Schülern oder bei den Schulen, die keine Beköstigung organisieren wollten?

Auch bei der Kita- und Tagesbetreuung hätte sie für die genannte pauschalen Mehrkosten in Höhe von 167 Mio. Euro gern die genaue Aufteilung auf die jeweiligen Einzelpunkte. Gleiches gelte bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen. Hier interessierten sie insbesondere die Einzelvereinbarungen mit den Trägern für 2023. Welche Träger seien das genau, und welche Träger bekämen wie viel wofür?

Angesichts des Umfangs ihrer Nachfragen könne sie diese auch gern bis zum 29. September 2023 schriftlich einreichen.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, er bitte darum, den Bericht in den ersten und zweiten Lesungen mitlaufen zu lassen. Außerdem hätte er die Bitte, in Berichtsform zu erläutern, inwieweit für die unter A.4 zusammengefassten berichtsrelevanten Sachverhalte Vorsorge in der Fortschreibung des Haushaltsplanentwurfs getroffen worden sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen der Abgeordneten Dr. Brinker und Zillich zur zweiten Lesung schriftlich beantwortet würden. Der Bericht sei damit zur Kenntnis genommen.

Bezirke

Punkt 3 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben BA Reinickendorf – BzBm – vom 12.06.2023 **Anmietung von zusätzlichen Büroflächen für das Bezirksamt Reinickendorf** **1. Zustimmung zur Erweiterung des bestehenden Mietvertrages** **2. Kenntnisnahme über die Zulassung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung** gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1034 Haupt Vertrauliche Beratung

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben ohne Aussprache zu.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 4 der Tagesordnung

Bericht SenStadt – II A 36 – vom 14.08.2023 0749 B
Konzept zur städtebaulichen Entwicklung der Historischen Mitte Berlin
Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 36. Sitzung vom 17.05.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 27.09.2023 gesetzt) Haupt

Steffen Zillich (LINKE) legt dar, Anlass des Berichts sei ein Vorläuferbericht, der zumindest für seine Fraktion eine deutlich andere Verfahrensweise bzw. einen anderen Sachstand dargestellt habe als die davor dem Hauptausschuss vorgelegten Berichte, insbesondere hinsichtlich der Verfahrensweise. Die politische Auseinandersetzung im Hintergrund drehe sich darum, inwieweit die Verfahren, die bisher gelaufen seien, im Ergebnis durch eine neue Schwerpunktsetzung und neue Verfahren überformt würden. Es seien auch die Hauptausschussberichterstattung und hauptausschussberichtsrelevante Sachverhalte betroffen.

Die angekündigte Vorgehensweise habe beinhaltet, dass vor Ausschreibung des ISEK noch einmal ein Gutachtenauftrag in Aussicht gestellt worden sei, der die Grundlagen für diese Ausschreibung auf der Basis der bisher gelaufenen Verfahren ermitteln sollte. Dieser Verfahrensschritt sei nun offensichtlich übersprungen worden. In der Vorläufersitzung habe dies nicht berichtet werden können. Die Frage seiner Fraktion, warum dies so sei, sei nicht wirklich beantwortet worden. Es sei nur bestätigt worden, dass dieser Schritt mit dem ISEK zusammengefasst werden solle. Die Frage nach dem Warum würde er aufrechterhalten. Natürlich sei der genannte politischen Hintergrund der Hintergrund der Frage.

In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, wie mit bestimmten Schritten, die bisher gegangen worden seien, wie beispielsweise dem Wettbewerbsergebnis zu Marx-Engels-Forum und Rathausforum, umgegangen werden solle. Laut dem Bericht sei dieses selbstverständlich eine Grundlage für das weitere Verfahren, wie alle weiteren Beschlüsse auch. Gleichzeitig schreibe die Verwaltung aber, dass eventuell noch einmal ein Auftrag erwogen werde, um den „Ideenteil“ des Wettbewerbsverfahrens vertiefend zu untersuchen, insbesondere für den Bereich Rathaus-, Karl-Liebknecht- und Spandauer Straße. Gerade dieser Bereich beinhalte das sogenannte Rathausforum. Insofern stelle sich die Frage, inwieweit diese gezieltere Untersuchung mit dem Ziel oder auch nur mit dem möglichen Ergebnis erfolge, die Ergebnisse des Wettbewerbs zu relativieren oder zu überformen, und inwieweit möglicherweise Gestaltungskonzepte – eventuell auch mit einer Parzellierungsbebauung – im Gegensatz zu dem Wettbewerbsergebnis intendiert seien. Vielleicht lasse sich die Frage klären, indem etwas genauer ausgeführt werde, was eigentlich dieser „Ideenteil“ sei.

Außerdem wünsche er zu erfahren, was die Aufgaben und Kompetenzen, möglicherweise auch Ressourcen, der eingerichteten Stabsstelle Architektur, Stadtgestaltung, Planung seien, abgesehen davon, dass sie der Senatsbaudirektorin für Entscheidungen zuarbeite.

Es stelle sich die Frage, inwiefern es – auch unter Kostenersparnisgesichtspunkten und der Frage, was man mit dem ISEK machen könne – sinnvoll sei, wenn man ein ISEK durchführe, gleichzeitig aber schon Verfahrensergebnisse habe wie beispielsweise bei Marx-Engels-Forum und Rathausforum, die Ressourcen des ISEK gerade nicht darauf zu konzentrieren, wo schon ein Ergebnis oder ein weitgehendes Ergebnis vorliege, sondern sie dann eher für andere Bereiche einzusetzen.

Aufgrund der Detailfülle werde er die Fragen auch noch einmal schriftlich nachreichen.

Staatssekretärin Petra Kahlfeldt (SenStadt) stellt klar, das ISEK sei kein Gutachten, sondern eine Grundlagenermittlung und damit eine Planungsleistung. Es sei ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept in der Städtebauförderung. Für den jetzt geplanten Umgriff sei inzwischen eine Vielzahl von Planungsgenerationen beinhaltet, sowohl von SenStadt, SenMVKU und SenKultGZ als auch von mindestens einem, eigentlich eher zwei Bezirken. Das ISEK sei eine notwendige Fördergrundlage für sämtliche Programme, für die man Städtebauförderungsmittel beim Bund beantragen wolle. Insofern sei es übergreifend für alle Projekte. Ein ISEK sei ein gutes Instrument, um Defizite zu beheben, weil es konkrete, langfristig wirksame und vor allem lokal abgestimmte Lösungen für eine Vielzahl von Herausforderungen schaffe: Aufgabengebiete wie Städtebau, funktionale, aber auch sozialräumliche Defizite und Anpassungen, die erforderlich seien. Deswegen habe man dieses ISEK mit diesem Umgriff aufgesetzt. Der Umgriff werde sich noch verändern, weil er im Grunde ein Planungsergebnis aus dem ISEK sei.

Alle bislang erarbeiteten Grundlagen aus allen gelaufenen Verfahren – von der Festsetzung des B-Plans 2016 über den Wettbewerb und das städtebauliche Verfahren bis zum Wettbewerb zum Marx-Engels Forum – würden aber selbstverständlich in das ISEK einfließen, mit dem man Bundesmittel generieren wolle, um Schnittstellenanforderungen, die durch die Einzelprojekte nicht bedient werden könnten, zu erfüllen. Dies betreffe vor allem den öffentlichen Raum. Der Wettbewerb für das Marx-Engels-Forum mit Grün Berlin als Auftraggeber befinde sich ihres Wissens in Leistungsphase 2. Im Frühjahr 2024 werde der gesamte Planungsprozess – Vorentwurfs- und Genehmigungsplanung – abgeschlossen sein. Eine laufende Planung sollte möglichst nicht geändert werden.

Der Wettbewerb habe einen Realisierungsteil gehabt – die beiden „grünen Handtücher“, eingebettet in den Straßenraum. Die Straßenräume seien der „Ideenteil“ gewesen, weil man kein Beauftragungsversprechen für die Straßen habe machen können und keine Finanzierung dafür gehabt habe. Der „Ideenteil“ diene dazu, die Verbindung der Nachbarschaften und die Qualitäten der unterschiedlichen Kontexte gesamträumlich betrachten zu können. SenMVKU habe den Wettbewerb bezahlt. SenStadt würde aus seinen Titeln gern noch punktuelle Planungsergänzungen in diesem „Ideenteil“ beitragen. Dafür seien Vorstellungen formuliert worden. Alle wünschten sich einen deutlich reduzierten Individualverkehr. Man müsse eine Idee dafür entwickeln, wie die Anbindung aus dem Klosterviertel heraus und in das Viertel hinein beschaffen sei und welche Qualität die Straßen hätten. Gerade für die Spandauer Straße, auch für die Stralauer Straße und die Karl-Liebknecht-Straße sei dies wichtig. Wie sollten diese Straßen in das stadträumliche und entwicklungsräumliche Gesamtkonzept eingebettet werden? Hier sei wesentlich auch SenMVKU gefragt. Für den Wettbewerb zum Marx-Engels-Forum sei keine Umprogrammierung oder Umplanung, sondern eine wirkliche Vertiefung

erforderlich, die man im Wettbewerb aufgrund der fehlenden Finanzierung so nicht habe aufnehmen können.

Die Stabsstelle ASP unterstütze, wie in der Antwort dargestellt, die Senatsbaudirektorin bei der gestalterischen Qualifizierung von Planungsprojekten und Entwicklungszielen. So könne etwas vorgedacht und dann stärker gefestigt in größere Planungsprozesse überführt werden, die man nicht selbst ausführe.

Manfred Kühne (SenStadt) bestätigt, dass man von Anfang an zwischen dem Realisierungsteil und dem „Ideenteil“ unterschieden habe. Dies sei notgedrungen geschehen, weil es über die GRW-Finanzierung keine umfassende Finanzierung für den gesamten Raum habe geben können. Über Städtebauförderung und dann Investitionsmittel für den Straßenumbau, die über die Abteilung V von SenMVKU für den Haushalt angemeldet und umgesetzt würden, solle jetzt die ergänzende Finanzierung sichergestellt werden. Dafür müssten die Ideen so vertieft werden, dass sie in eine Realisierungsplanung überführt werden könnten. Es gehe also im Wesentlichen darum, die ergänzende Finanzierung für das aus dem Wettbewerb hervorgegangene Gesamtkonzept sicherzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht zur Kenntnis genommen.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2024/2025 (1. Lesung)

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)**	1100 Haupt(f)

Mitberaten werden:

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **IKT-Titelliste 2024/2025**	1100 A Haupt
b)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **FM-Titelliste 2024/2025**	1100 B Haupt
c)	Bericht SenFin – II LGH – vom 05.06.2023 **Gender Budgeting** **hier: konzeptionelle Weiterentwicklung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 Haupt

d)	Bericht SenFin – LGH – vom 01.08.2023 **Gender Budgeting** **hier: Umsetzung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 A Haupt
d1)	Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1123 **Entwicklung eines Gesamtkonzepts „Gender Budgeting Controlling“** **Drucksache 19/0400 – Bericht zu Auflagen –Teil 10c** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1029 B Haupt
e)	Bericht RBm – Skzl – III A 3 – vom 23.08.2023 **Aktuelle hauptstadtbedingte Ausgaben** gemäß Auflage A. 12 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1112 Haupt
f1)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 23.02.2023 **Bericht aller öffentlichen Auftragsvergaben von Gutachten und Beratungsdienstleistungsaufträgen 2. Halbjahr 2022** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 A Haupt Vertrauliche Beratung
f2)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 18.09.2023 **Bericht aller in Auftrag gegebenen Gutachten und Beratungsdienstleistungen gemäß Auflage A Nr. 18 zum Haushalt 2022/2023** **Bericht zum 30.09.2023** gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 E Haupt Vertrauliche Beratung
g)	Bericht SenFin – II D 24 – vom 15.08.2023 **Kosten für Migration und Fluchtunterbringung** (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	1123 Haupt

h) Bericht SenFin – II B – vom 30.08.2023 — 0832 C
Vorläufiger Jahresabschluss 2022 — Haupt
hier: Rücklagen und Sondervermögen
(Berichtsaufträge aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023 und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(a) bis f1) sowie g) und h) laufen während den Haushaltsberatungen 2024/2025 mit – s. Beschlussprotokoll 19/40 vom 13.09.2023)

i) Austauschfassung zur roten Nummer 0932 A: — 0932 A-1
Bericht SenFin – II LIP 6 – vom 06.09.2023 — Haupt
Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022
gemäß § 5 Satz 3 und 4 SIWA ErrichtungsG

j) Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 06.09.2023 — 0932 B
Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022 — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)

k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – — 1150
Drucksache 19/1187 — Haupt
Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027
(überwiesen zur Besprechung gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs)

Einzelplan 09 – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten werden:

a) Bericht SenWGP – AL Z 1 / Z D 21 / Z D – vom 25.07.2023 — 1001 A Haupt
Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten hier: Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 zur 1. Lesung des Einzelplans 09 vertagt)

b) Bericht SenWGP – Z C 1 (V) – vom 22.08.2023 — 0832 B Haupt
Nicht ausgeschöpfte Personalmittel im Jahr 2022
(Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 09 zurückgestellt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, sie bitte darum, den Bericht mit der roten Nr. 0832 B an den Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft zur Erledigung zu überweisen.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, er stelle Einvernehmen darüber fest, dass wie vorgeschlagen verfahren werden könne.

Stefan Ziller (GRÜNE) zitiert, in der roten Nr. 1001 A heiße es:

> Für die Erstellung einer Gesamtübersicht aller migrierbaren Kleinstanwendungen wurden externe Dienstleister mit der Recherche und Struktur der Ergebnisse beauftragt.

Wann rechne SenWGP mit den Ergebnissen? Zu diesen würde er dann gern einen Bericht erhalten.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erläutert, hier spielten die Zeitabläufe in den Jahren 2022 und 2023 eine Rolle. Der Teilbereich Gesundheit und Pflege sowie auch der zentrale Bereich seien in wesentlichen Teilen bei der Pandemiebekämpfung beauftragt worden, deshalb seien einzelne Vergaben von Dienstleistungen verzögert bzw. nicht erfolgt. Ihr Haus gehe davon aus, dass man die entsprechenden Leistungen jetzt aufstellen könne.

Die grundsätzliche Frage, die auch Herr Goiny in seinem Fragenkatalog angesprochen habe, sei, welche Prozesse digitalisiert werden könnten. Normalerweise sei gerade die Beschreibung des Geschäftsprozesses der Flaschenhals, der dazu führe, dass nicht nur weitere Dienstleistungen, sondern auch die Frage der Beschleunigung von Vergabeverfahren besonders wichtig seien. Es gebe häufig einen Wechsel an Dienstleistern. In Teilen könnten diese die Dienstleistung auch nicht weiter ausführen. Die Situation sei ihr einmal treffend als „ein Zoo an verschiedenen Serviceleistungen“ beschrieben worden. Es gehe darum, die Kernelemente zu formulieren, die Geschäftsprozesse zu beschreiben und dann die entsprechenden Ausschreibungen auf den Weg zu bringen. – Sie werde die Frage auch gern im schriftlichen Bericht beantworten, um sie in ein größeres Ganzes einzufügen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass zur zweiten Lesung dieses Einzelplans ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Christian Goiny (CDU) bemerkt, man habe die Frage, wie Verwaltung schneller, unbürokratischer und digitaler werden könne, in der Vergangenheit verschiedentlich diskutiert. Wenn die Verwaltung Dinge identifiziere, die aus ihrer Sicht dafür verantwortlich seien, dass Prozesse nicht so liefen, wie sie laufen könnten, solle sie den Abgeordneten aufschreiben, welche Verfahren und Vorschriften geändert werden müssten; also lösungsorientiert und nicht nur auf der Ebene der Problembeschreibung. Man sei offen dafür, die Detailkenntnis der Verwaltung aus den Abläufen im eigenen Haus aufzugreifen, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Er wäre dankbar dafür, wenn dies mit in den Bericht aufgenommen werden könnte.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, die Beispiele würden im Bericht aufgenommen, aber sie würde gern einen konkreten Einblick geben. SenWGP habe die juristische Weisungsbefugnis für das KMK-Sekretariat mit Dienstsitz in Bonn, das Berlin zugeordnet werde. Das ITDZ operiere aber nur in Berlin. Teilweise sei auch das EU-Recht hinderlich, um Vergabeprozesse zu beschleunigen, teilweise sei man aber auch von bundesgesetzlichen Entwicklungen abhängig. Ein Beispiel sei das Pflegeassistenzgesetz, in dem neue Geschäftsprozesse bzw. neue Verfahrensabläufe beschrieben würden. Dies im Geschäftsprozessoptimierungsbereich zu beschreiben, sei eine große Herausforderung, deshalb habe man ein grundsätzliches Interesse, hier weiterzukommen. Die Geschäftsprozessoptimierung sei notwendig, um im Bereich der digitalen Akte viel schneller voranzukommen.

Wie vermutlich alle Senatsverwaltungen benötige auch ihr Haus Fachpersonal mit den entsprechenden Kompetenzen, und der Bewerberinnen- und Bewerbermarkt sei stark ausgedünnt. Daher müsse es auch darum gehen, nicht nur Geschäftsprozesse zu beschreiben und das bestehende Personal so weiter-, aus- und fortzubilden, dass Prozesse gesteuert laufen könnten, sondern auch geeignetes Personal auf dem Markt zu finden. Dies sei sehr ambitioniert, wie man immer wieder in Ausschreibungen ohne Ergebnis erlebe. Es betreffe vor allem stark spezialisierte Bereiche. Derzeit suche man beispielsweise eine Datenschutzjuristin bzw. einen Datenschutzjuristen, aber auch im Bereich der Digitalisierung oder im hoch spezialisierten medizinischen Bereich seien die gesuchten Kernkompetenzen auf dem Markt häufig so nicht verfügbar.

Christian Goiny (CDU) äußert, die Problematik sei natürlich bekannt. Auf der anderen Seite gebe es sehr viele gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Berliner Verwaltung, die auch das Know-how und die Kompetenz dafür hätten, wie man Verfahren in ihren Zuständigkeiten

modernisieren, reformieren oder vereinfachen könne. Ein Verwaltungsverfahren, das nicht mehr gebraucht werde, müsse auch nicht digitalisiert werden. Die Personalsituation werde durch Altersabgänge und den Fachkräftemangel eher schwieriger werden. Wenn die gleiche Verwaltungsleistung durch vereinfachte Prozesse auch mit weniger Personal bewerkstelligt werden könnte, könnte dies auch ein Beitrag zur Lösung des Problems sein.

Auch bei den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, die international, zumindest aber auf europäischer Ebene vernetzt seien, lohne sich ein Blick darauf, wie bestimmte Verfahren in anderen EU-Ländern schon anders organisiert seien. Auch hier müsse EU-Recht beachtet werden. Vielleicht sei es möglich, aus Netzwerken und Kontakten im Zuständigkeitsbereich von SenWGP einmal einen Austausch von Know-how zu organisieren, um zu erfahren, wie bestimmte Prozesse – Vergabe, Verwalten, Bauen und Ähnliches – in anderen Ländern gemanagt würden. Das Datenschutzrecht und vieles andere sei auf europäischer Ebene relativ einheitlich geregelt. Offenbar sei auch mit europäischem Recht anderswo manches möglich, was es hier noch nicht gebe. Dieser Vorschlag gelte im Übrigen auch für andere Verwaltungen. Auch Städtepartnerschaften könnten gut für einen solchen Austausch genutzt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die von Herrn Goiny gestellten Fragen würden in dem schriftlichen Bericht beantwortet. Der Bericht rote Nr. 1001 A sei hiermit zur Kenntnis genommen.

Stefan Ziller (GRÜNE) erklärt, zum Einstieg in das Kapitel habe er zwei Bitten. Erstens wünsche er einen schriftlichen Bericht zu folgender Frage: Welche Bemühungen seien ergriffen worden oder würden in den nächsten zwei Jahren ergriffen werden, um die Zuwendungsbearbeitung im Verantwortungsbereich von SenWGP zu vereinfachen, zu vereinheitlichen und zu digitalisieren?

Zweitens stelle sich angesichts der Situation, dass es in diesem Jahr wieder auf einen Haushaltsbeschluss im Dezember hinauslaufe mit einer „Rettung in letzter Sekunde“ in den Schlussrunden und dass auf der anderen Seite auch bei Zuwendungsempfängern ein Fachkräftemangel bestehe, die Frage, welche VEs in den Zuwendungstiteln im Einzelplan enthalten seien und welche VEs die Verwaltung bräuchte, um die Zuwendung für ein Jahr über die Laufzeit des Haushalts hinaus oder zumindest bis Juni 2026 festlegen zu können. Auf diese Weise könnte die „Bruchkante“ für die Zuwendungsempfangenden durch Verpflichtungsermächtigungen so ausgestaltet werden, dass sie nicht kurz vor Weihnachten erführen, ob ihre Projekte weitergeführt werden könnten oder nicht. Dies sei nicht mehr vertretbar.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erwidert, die beiden Punkte würden schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Titel 45902 – Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien –
in Verbindung mit
Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt zum ersten Titel die Frage, was hier wie mit Prämien in welcher Höhe honoriert werden solle. Beim zweiten Titel bestehe für das Jahr 2022 ein sehr hohes Ist. Wann und aufgrund welcher Kriterien würden die Prämien verliehen? Im Juni 2023 habe der Ist-Stand noch 0 Euro betragen, was eine große Diskrepanz darstelle.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) führt aus, die 0 Euro erklärten sich daraus, dass die Zahlbarmachung zum Jahresende stattfinde. Die Prämien für das laufende Jahr würden im November oder Dezember überwiesen, nach einem Beratungsprozess mit den Abteilungen und den Referaten, die nach einem Schlüssel Prämien an Einzelpersonen oder Teams vergeben könnten. Die Bewertungskriterien bezögen sich auf die Leistung innerhalb des laufenden Arbeitsjahres. Anschließend erfolge eine Bewertung durch die Führungskräfte und werde das Ergebnis auch noch einmal dem Personalrat vorgelegt, sodass eine Kenntnisnahme durch das Haus stattfinde.

Weiterhin sei in diesem Titel ein Reiter gesetzt worden, weil auch die Möglichkeit bestehe, für bis zu 72 Monate Personalprämien auszuzahlen, um Kräfte zu halten. Dabei gehe es auch darum, in Wettbewerbsbedingungen beispielsweise mit anderen Behörden in Einklang zu treten, um eine Person zu halten. In diesem Fall könne für eine begrenzte Zeit analog zu den Prämien, die sonst im öffentlichen Dienst gezahlt würden, die Möglichkeit bestehen, für eine Personalhaltungsmaßnahme eine Prämie auszuloben. Dies sei eine andere Art der Prämie als die beschriebenen jahresbezogenen Prämien für Teams oder Einzelpersonen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach, ob sie es richtig verstehe, dass die Prämien individuell an den Einzelfall angepasst würden und es keine vorgeschriebene Höhe gebe.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) bejaht dies.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Silke Gebel (GRÜNE) merkt an, zu den Mietausgaben sei im Fachausschuss gesagt worden, dass vor allem die Miete für die Warschauer Straße um einen sechsstelligen Betrag gestiegen sei. Wenn man dies im Verhältnis zu den Zuwendungsempfängern sehe, habe es durchaus eine Relevanz. Sie wünsche zu erfahren, ob SenWGP etwas unternehme, und wenn ja, was, um eine langfristige Perspektive für die Miete zu erwirken. Gebe es eine Staffelmiete oder Ähnliches?

Dr. Valentin Schröder (SenWGP) erklärt, das Gebäude in der Warschauer Straße habe man fremd angemietet. Die Mietsteigerung müsse nach der Mietvertragslage und der Marktlage leider erst einmal akzeptiert werden und werde nun im Plan entsprechend abgebildet. Mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Liegenschaften sei ein Umzug keine Option gewesen.

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, ob der Mietvertrag für eine gewisse Zeit stabil sei oder ob er eine exponentiell steigende Miete beinhalte. Gebe es hier Planungssicherheit?

Dr. Valentin Schröder (SenWGP) sagt, der Mietvertrag sei nicht befristet. Er sei auch nicht von SenWGP abgeschlossen worden, sondern durch die BIM. Für die Einzelheiten, auch was die konkreten Staffelungen angehe, würde er daher gern noch einmal bei der BIM nachfragen, um eine Antwort geben zu können.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, diese Information werde schriftlich zur zweiten Lesung nachgereicht.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) stellt fest, die Pauschalen Minderausgaben seien hier mit 9 Mio. Euro sehr ausgeprägt. Sie verdreifachten sich von 2023 auf 2024 und betrügen nun 50 Prozent der auf Seite 22 des Einzelplans aufgeführten Einnahmenpositionen von rund 20 Mio. Euro. Dieses Geld werde der Kontrolle des Parlaments entzogen, und die Steuerung werde allein der Exekutive überlassen. Die Summe sei höher als der gesamte Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben. Daher würde ihn interessieren, wie dieser Betrag sich zusammensetzen werde.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, zur PMA sei derzeit keine Aussage möglich, denn erst entlang des Haushaltsjahres werde klarwerden, welche entgegen der Planung nicht verausgabten Mittel übrig blieben. Damit werde dann die PMA aufgelöst.

Silke Gebel (GRÜNE) äußert, ihre Fraktion hätte gern eine schriftliche Antwort zu drei Fragen. Erstens: Welche Titel könnten überhaupt zur Auflösung der PMA herangezogen werden? Hierzu hätte sie gern eine titelscharfe Auflistung. Da es in diesem Einzelplan sehr viele Pflichtaufgaben gebe, könne es letztlich nur um die Zuwendungsempfänger gehen. Zweitens: Könne ausgeschlossen werden, dass die Auflösung der PMA zu Kürzungen bei den Zuwendungstiteln bzw. bei den Zuwendungsempfängern führen werde? Drittens: Bis wann müsse SenWGP SenFin zuliefern, aus welchen Titeln die PMA aufgelöst würden? Nach ihren Erfahrungswerten sei dies häufig schon zu Beginn des Jahres der Fall, was eine entsprechende Steuerung erfordere. Beispielsweise beim IGPP könne noch nicht einmal benannt werden, wer welche Zuwendung bekomme. Die Verwaltung werde also steuern müssen, ob Zuwendungsempfänger bestimmt Zusagen bekämen oder nicht. Wenn die PMA so hoch sei wie im aktuellen Einzelplan, setze sich die Senatsverwaltung ihrer Erfahrung nach über die Entscheidung des Parlaments hinweg, weil sie keine andere Möglichkeit habe.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, es werde zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Silke Gebel (GRÜNE) merkt an, hier sei aufgeführt, dass die Ausgaben für einen Dienstleistungsvertrag zur Dienstposten- sowie Stellenbewertung einmalig für 2024 veranschlagt würden, wodurch eine Verdreifachung dieses Ansatzes zugesichert werde. Warum werde dies nicht vom eigenen Haus, gegebenenfalls mit Unterstützung von SenFin, durchgeführt?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, insbesondere der Bereich der Abteilung Z sei vom Abarbeiten der Pandemie betroffen gewesen, beispielsweise durch viele Ein-

stellungsvorgänge. Daher habe es notwendigerweise Priorisierungen geben müssen und sei beispielsweise die Erstellung von Beschreibungen des Aufgabenkreises – BAKs – oder Anforderungsprofilen oder die Vornahme von Bewertungen vernachlässigt worden. Es sei ein Stau entstanden, der zu unbesetzten Stellen und Fluktuation geführt habe. Daher habe man in zentralen Bereichen nicht die Arbeitskraft, die benötigt würde, um den Rückstau der letzten drei Jahre zu bearbeiten, und müsse sich mindestens für 2024 über externe Dienstleistungen Hilfe suchen, um bestimmte Einstellungsprozesse zu beschleunigen. Man hoffe diesbezüglich auch auf das Personalaktionsprogramm des Senats. Krisenstäbe habe es in allen Hauptverwaltungen gegeben, aber SenWGP habe ohne Zweifel in besonderem Maße die Pandemie gestemmt.

Silke Gebel (GRÜNE) sagt, natürlich hätten alle Verständnis dafür, dass in dieser Zeit viel Arbeit angefallen sei. Die Frage sei aber, warum SenFin hier nicht unterstützen könne. Auch eine externe Vergabe beanspruche Arbeitszeit, und die nötige Expertise sei beim Land Berlin vorhanden.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erläutert, BAKs müssten fachspezifisch unterfüttert werden. Dafür gebe es die zentrale Personalsteuerung für die jeweiligen Fachverwaltungen. Soweit Unterstützung erfolgen könne, erfolge sie, aber für die inhaltliche Ausgestaltung von Stellenbewertungen und -beschreibungen sei das Fachliche notwendig.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

Silke Gebel (GRÜNE) schickt voraus, zu diesem Titel liege ein großer Berichtsauftrag vor, aber vielleicht könne es dazu eine kurze mündliche Auskunft geben. Der Ansatz für 2024 breche um 500 000 Euro ein. Möglicherweise führe ein Personalengpass dazu, dass Prozesse nicht vorangetrieben werden könnten, aber warum sei der Wert gerade für 2024 so niedrig?

Dr. Valentin Schröder (SenWGP) bestätigt, dass es, wie im Bericht rote Nr. 1001 A dargestellt, leider erhebliche Personalnöte bei der Umsetzung gebe. Dem habe man bedauerlicherweise in Gestalt der Ansätze folgen müssen. Die Dinge würden nun neu aufgesetzt, daher seien die Bedarfe in den nächsten Jahren aufsteigend. Leider werde es dadurch nicht insgesamt billiger werden, aber zumindest haushälterisch sei man so in den kommenden beiden Jahren auf einem guten Level.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Politisch-Administrativer Bereich und Service – erledigt. Er weise darauf hin, dass die Personaltitel und der Stellenplan dem Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft zur Vorbereitung überwiesen worden seien. Dies gelte im Übrigen für alle weiteren Stellen im Einzelplan, an denen Personaltitel, Stellenpläne und Produktdarstellungen angesprochen seien.

Kapitel 0909 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
– Personalüberhang –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
– Hochschulen –

Mitberaten werden:

a) Bericht SenWGPG – V B – vom 07.03.2023 — 0592 A
Rücklagen an Hochschulen zum Abbau des Sanierungsstaus;
Zuschüsse an Hochschulen unter Berücksichtigung der Inflationsentwicklung
(Berichtsauftrag aus der 28. Sitzung vom 23.11.2022)
(in der 38. Sitzung am 21.06.2023 zur 1. Lesung des Einzelplans 09 vertagt) — Haupt

Hinweis: s. auch Bitte um Fristverlängerung bis zum 31.10.2023 für den Folgebericht (rote Nummer 0592 B - Konsensliste III.).

b) Bericht SenWGPG – V D (V) – vom 21.02.2023 — 0305 B
Weitere Erkenntnisse auf Grundlage der Hochschulstandortentwicklungsplanungen und zur Überführung in eine Landeshochschulstandortentwicklungsplanung (L-HSEP)
- Kapitel 0910 / Titel 54010 -
(Berichtsauftrag aus der 28. Sitzung vom 23.11.2022)
(in der 38. Sitzung am 21.06.2023 vertagt und dem Ausschuss WissForsch m.d.B. um Stellungnahme bis zur 1. Lesung des Einzelplans 09 zur Verfügung gestellt) — Haupt

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses WissForsch vom 04.09.2023 vor, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Der Ausschuss hat von einer inhaltlichen Stellungnahme abgesehen (einstimmig mit allen Fraktionen).

c) Bericht SenWGP – V D – vom 02.08.2023 — 0720 A
Charité – Universitätsmedizin Berlin
Fortschrittsbericht zu den Maßnahmen der Gesamtentwicklungsplanung
(Berichtsauftrag aus der 30. Sitzung vom 18.01.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 09 zurückgestellt) — Haupt

d) Bericht SenWGP – V D – vom 31.08.2023 0335 C
Baumaßnahmen mit Gesamtkosten ab 100 Mio. Euro Darstellung der wesentlichen Risikofaktoren und der geeigneten sowie der in Angriff genommenen Maßnahmen zur Minimierung der Risiken
hier: Charité-Universitätsmedizin Berlin – Neubau des Deutschen Herzzentrums der Charité inkl. Zentraler Notaufnahme am Campus Virchow-Klinikum (Neubau DHZC)
gemäß Auflage A. 15 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt mit Bezug auf den Bericht rote Nr. 0592 A fest, es gebe die Erwartungshaltung von SenFin, dass die Hochschulen und Universitäten ihre Rücklagen in Höhe von 25 Prozent zum Abbau des Sanierungsstaus einsetzten. Die Höhe der Rücklagen sei bei den einzelnen Einrichtungen sehr unterschiedlich. Wäre hier eine Differenzierung möglich? Wie werde damit umgegangen?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) konstatiert, die TU habe sehr hohe Rücklagen, aber auch die Sanierungsproblematik sei hier sehr ausgeprägt. Wie stelle sich das Verhältnis der jetzt zu erwartenden Kosten zu den Rücklagen dar?

Dr. Claudia Wein (CDU) kündigt an, dass ihre Fraktion bis zum 29. September 2023 schriftlich eine Frage zur Umsetzung der Ausbildungs- und Hochschulaufgaben für die Erweiterung des Polizeidiensts einreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, dies sei entsprechend vorgemerkt.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) informiert, die Frage der Rücklagen sei Teil der Hochschulvertragsverhandlungen, die sich senatsseitig noch in der Abstimmung befänden. Es werde in Abstimmung mit den anderen Teilen des Senats Regelungen mit den Hochschulen dazu geben, auf welches Niveau die Rücklagen zurückzuführen seien. Die Rücklagen seien tatsächlich bei den einzelnen Hochschulen sehr unterschiedlich ausgestaltet. Bei einer Deckelung von „maximal x“ bräuchte es aus Sicht von SenWGP keine Differenzierung, da dies Hochschulen ohne exorbitant hohe Rücklagen den Spielraum gebe, diese gegebenenfalls zu behalten oder sogar in einem gewissen Maß weiter aufzubauen. Insofern halte man eine generelle Regelung für durchaus angemessen.

Die Havariefälle bei der TU im Frühsommer gingen teilweise auf Sabotage, teilweise auf andere Ursachen zurück. Er wolle betonen, dass auch ein Mathematikgebäude im Entstehen begriffen sei. Die TU habe sehr hohe Rücklagen, die sicherlich eine Teillösung für die Sanierungen sein könnten. Das in Auftrag gegebene Gutachten schlage allerdings eine deutlich höhere Menge an Mitteln für die Sanierung vor, deutlich höher als die Gesamtsumme aller Rücklagen der Berliner Hochschulen. Man erwarte von den Hochschulen, einen Großteil der Rücklagen in Bauunterhalt und Sanierungsmaßnahmen zu investieren. Die Rücklagen allein würden das Problem aber nicht lösen können.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht rote Nr. 0592 A zur Kenntnis genommen. Die Berichte rote Nrn. 0305 B, 0720 A sowie 0335 C seien hiermit ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Titel 11934 – Rückzahlungen überzahlter Beträge –

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, sie nehme an, hierbei handle es sich um Rückzahlungen von zu Unrecht gezahlten Coronahilfen. In Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Gesundheit – gehe man davon aus, dass es noch Rückläufe geben werde. Warum gehe man hier nicht davon aus? Könne man sicher sein, dass mit diesen 7,78 Mio. Euro für 2022 alles vollständig zurückgelaufen sei, oder könnte es zu weiteren Rückläufen kommen?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erwidert, das könne man erst sagen, wenn der Jahresbericht der Charité vorliege. Man müsse es also zu einem späteren Zeitpunkt nachreichen.

Christian Goiny (CDU) bittet darum, in dem Bericht zusätzlich als Gesamtkomplex darzustellen, welche Auslagen die Charité durch die Coronapandemie gehabt habe, welche Hilfen geflossen seien und wo möglicherweise Beträge nicht erstattet worden seien oder sie Hilfen zurückzahlen müsse. Die Charité habe in der Pandemie mehr getan, als ihrem eigentlichen Auftrag zur Versorgung von Kranken entsprochen habe, und sei an bestimmten Stellen in Vorleistung gegangen.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, der Bericht zu den beiden Fragen sei vorgemerkt.

Titel 27295 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020) –

in Verbindung mit

Titel 27296 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020) –

und

Titel 27297 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027) –

Silke Gebel (GRÜNE) bemerkt, bei diesen Titeln fehlten die Gelder für 2023 und 2024. Gebe es dafür eine Erklärung? Wie seien die Zuschüsse der EU im Haushaltsplan zu lesen?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erklärt, diese Frage würde die Verwaltung gern schriftlich beantworten.

Silke Gebel (GRÜNE) sagt, dann werde sie dies mit einigen schriftlichen Fragen zu dem Programm ergänzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Abgeordnete Gebel bis zum 29. September 2023 noch Fragen nachreichen werde. Der Bericht werde zur zweiten Lesung erstellt.

Titel 11946 – Rückzahlungen überzahlter Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) stellt fest, es handle sich um eine hohe Summe. Was seien die Hauptgründe für falsche BAföG-Auszahlungen? Welche Anzahl von Studierenden betreffe dies?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erklärt, auch hier würde die Verwaltung die Beantwortung aufgrund der Detailfülle gern schriftlich nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, der schriftliche Bericht zur zweiten Lesung sei hiermit vermerkt.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) merkt an, hier seien 138 000 Euro für die Herbstsitzungen des Wissenschaftsrats eingestellt. Was habe der Wissenschaftsrat zum Inhalt? Wie oft tage er? Wie erkläre sich die genannte Summe, und warum gebe es für 2025 gar keinen Ansatz?

Christian Hingst (SenWGP) antwortet, der Wissenschaftsrat sei eine Beratungsorganisation für die Wissenschaftslandschaft in Deutschland, die beim Bundespräsidenten angesiedelt sei und in der alle Länder und der Bund beteiligt seien; zusätzlich gebe es eine wissenschaftliche Kommission. Das Gremium tage viermal im Jahr. Eine der vier Sitzungen übernehme immer der Bund, die anderen drei würden rotierend von den Ländern übernommen. Insofern richte jedes Land ungefähr alle fünf Jahre eine Sitzung aus. Berlin sei 2018 zum letzten Mal Ausrichter gewesen und sei jetzt wieder an der Reihe. Daher seien hier einmalig Mittel eingestellt. Im Rahmen der dreitägigen Tagung würden aktuelle Fragen der Wissenschaftspolitik erörtert, Beschlüsse gefasst und Empfehlungen für die weitere Entwicklung des Wissenschaftssystems getroffen.

Titel 68354 – Technologieförderung –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich, ob es dabei bleibe, dass die Fertigstellung des KI-Towers für 2031 geplant sei.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) sagt, SenWGP sei derzeit optimistisch, dass es dabei bleiben werde. Man könne aber bei einem Projekt dieser Größe nie ausschließen, dass noch etwas dazwischenkomme.

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, die Berlin Quantum Alliance, eine Verabredung von 2021, nehme sehr viel Raum ein, daher sei der Titel insgesamt stark erhöht worden. Die Förderung der KI-Forschung sinke dagegen um 1 Mio. Euro. Sei dies tatsächlich auskömmlich?

Christian Hingst (SenWGP) erklärt, sein Haus sei überzeugt, dass dies auskömmlich sei. Es gebe eine Bund-Länder-Vereinbarung, in der fünf KI-Kompetenzzentren gefördert worden seien, eines davon in Berlin. Dort sei festgelegt, wie hoch die Ausgaben seien, die das Land zu tragen habe. Man könne stolz sein, dass das Land Berlin die höchste Bundesförderung in diesem Kontext erhalte und das größte der fünf Kompetenzzentren sich in Berlin befinde.

Titel 68413 – Zuschuss an das Studierendenwerk –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, diesen Titel würde sie gern zur zweiten Lesung zurückstellen lassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Titel sei hiermit zurückgestellt zur zweiten Lesung.

Titel 68500 – Förderung der Frauen in Forschung und Lehre –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) wünscht angesichts der Aufstellung bis 2030 zu erfahren, was in diesem langen Zeitraum geplant sei. Wieso könne dies bereits jetzt festgelegt werden, und was solle daraus finanziert werden?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet, der Titel finanziere das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre. Die langfristige Planung ergebe sich aus der Annahme, dass in diesem Zeitraum weiterhin eine gesonderte Förderung von Frauen in der Wissenschaft notwendig sein werde.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) wendet ein, da es sich hier um Verpflichtungsermächtigungen handle, müssten eigentlich Investitionsvorhaben dahinterstehen.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erläutert, es handle sich um Personalkosten, um vorgezogene Berufungen, nicht um investive Mittel.

Titel 68413 – Zuschuss an das Studierendenwerk –

in Verbindung mit

Titel 68485 – Sozialfonds für Studierende beim Studierendenwerk –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, der Titel zum Sozialfonds falle weg, gleichzeitig steige der Zuschuss an das Studierendenwerk. Sei der Titel herübergezogen worden? In der Debatte zur Inflation sei darüber nachgedacht worden, über das Studierendenwerk Gelder an Studierende für Mietstabilisierung und anderes zu zahlen. Dabei habe es jedoch Umsetzungsprobleme gegeben. Hätten diese behoben werden können? Woher komme die Erhöhung des Ansatzes um 3 Mio. Euro?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) legt dar, zu den Miethilfen befinde man sich senatsintern noch in der Abstimmung. Bei dem Titel zum Sozialfonds habe es sich um zeitlich begrenzte Coronahilfen gehandelt. Zudem gebe es auch noch andere Förderinstrumente für den Bereich.

Silke Gebel (GRÜNE) wiederholt ihre Frage, warum der Zuschuss an das Studierendenwerk um 3 Mio. Euro gestiegen sei. Die Frage zu den Miethilfen werde sie bis zum 29. September 2023 noch einmal schriftlich nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen zur zweiten Lesung schriftlich beantwortet würden.

Titel 68510 – Zuschuss Projektförderung Einstein Stiftung Berlin –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, zur in Teilansatz 8 angesprochenen Anschlussfinanzierung von internationalen Spitzenberufungen hätte sie gern schriftlich detailliert untersetzt, um welche es sich handle und wie hoch die Anschlussfinanzierung sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, hierzu werde zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 68520 – Zuschüsse an Universitäten –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt, die Vorlage beinhalte relativ wenige Zahlen, Daten und Fakten. Bezüglich der Landesmittel zur Kofinanzierung des „Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken“ seien für 2024 und 2025 keine Werte angegeben. Wann könnten diese Zahlen nachgeliefert werden? Auch in der Tabelle zu den Frauenanteilen in den Qualifikationsstufen im Jahr 2020 seien keine Zahlen hinterlegt. Diese müssten ja inzwischen vorliegen.

Christian Hingst (SenWGP) antwortet, die hier leer abgebildete Tabelle sei bereits im Haushaltsentwurf für 2022/2023 abgebildet worden. Die neuen Zahlen seien gerade von der amtlichen Statistik geliefert worden und würden nachgereicht.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erkundigt sich, ob die eben angesprochenen fehlenden Werte für 2024 und 2025 auch nachgeliefert würden.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erklärt, diese Dinge würden in den Hochschulverträgen noch detailliert ausgehandelt und befänden sich in der senatlichen Abstimmung. Danach würden die Zahlen auch vorliegen.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, wann die Hochschulverträge zu Ende verhandelt sein würden. Dies müsse hier schließlich mit einem Austauschblatt operationalisiert werden. Könne der Senat sagen, welche Hochschulen bei den Verhandlungen noch offen seien? Es wäre gut, wenn der Haushaltsgesetzgeber ein Gefühl dafür bekommen könnte, ob die Zahlen zur zweiten Lesung des Einzelplans im Hauptausschuss oder sogar im Fachausschuss vorliegen würden oder erst zur Schlussabstimmung am 8. Dezember 2023.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) berichtet, die Verhandlungen zwischen SenWGP und den Hochschulen seien abgeschlossen. Man befinde sich noch in der senatsinternen Abstimmung und hoffe, im Oktober 2023 in den Senatsbeschluss eintreten zu können.

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, ob dann mehr Geld benötigt würde.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) entgegnet, die vorliegende Anmeldung für den Haushalt sei ausverhandelt. Bei diesem Titel gehe es vor allem um die konkretere Verteilung der Globalzuschüsse. Hier träfen sich die Möglichkeiten des Landes mit den Notwendigkeiten der Bedarfsträger, aber seines Erachtens sei man auf einem guten Weg.

Sebastian Walter (GRÜNE) merkt an, die Form der Darstellung des Gender-Budgeting sei ungewöhnlich und entspreche nicht der sonstigen Systematik – zum einen, auf die Frauenanteile zu verweisen, zum anderen, sich nur auf ein Jahr zu kaprizieren. Er bitte um eine Aufschlüsselung zur zweiten Lesung, wie sie ansonsten im Einzelplan erfolge. Man habe offenbar versucht, diesen Punkt analog der Beschäftigtenstruktur zu Beginn der einzelnen Kapitel darzustellen. Er sei aber nicht sicher, ob diese Darstellung – eine einfache Aufgliederung nach männlich und weiblich mit kurzem erläuterndem Text – hier greife. Eigentlich handle es sich ja um einen Zuwendungstitel und müssten die Steuerungsmöglichkeiten viel größer sein. Sein Anspruch sei es daher, diesen Punkt wie bei den Zuwendungstiteln darzustellen und konkret die Gruppen zu benennen, bei denen im Sinne von Gender-Budgeting gesteuert werden solle, und auch die Zielsetzung sowie Steuerungsmaßnahmen zu benennen. Um eine solche Aufbereitung bitte er zur zweiten Lesung. Nicht der Stand von 2020 sei relevant, sondern die Zielvorgaben und die Perspektive in den Jahresscheiben im Sinne der Steuerung.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE)

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. Zu den Fragen der Abgeordneten Wiedenhaupt und Walter werde zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 68534 – Zuschuss an „Charité- Universitätsmedizin Berlin“ –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, sie bitte darum, den Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Titel 68540 – Zuschüsse an konfessionelle Fachhochschulen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, die abgedruckte Tabelle sei nicht ausgefüllt. Sie bitte darum, die entsprechenden Zahlen nachzureichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Tabelle werde zur zweiten Lesung befüllt.

Titel 68543 – Zuschüsse an Fachhochschulen –

Silke Gebel (GRÜNE) schickt voraus, auch hier würde ihre Fraktion sich freuen, wenn die fehlenden Zahlen nachgeliefert werden würden. – Es seien zum Teil investive Zwecke enthalten, daher bitte sie um einen schriftlichen Bericht zum Zeitplan des Umzugs der Berliner Hochschule für Technik – BHT – auf das TXL-Gelände. Seit dem 1. Januar 2023 liefen dort bauvorbereitende Maßnahmen. Die BHT selbst spreche davon, dass der Umzug für 2028 geplant sei, und auch die Tegel Projekt GmbH werbe mit der BHT als Ankermieter.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) weist darauf hin, dass dieses Bauprojekt in Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau – veranschlagt sei. – Es sei geplant, erste Maßnahmen zum Baubeginn 2027 weiterhin zu realisieren. Entsprechend werde die Fertigstellung einige Jahre später erfolgen. Es handle sich um einen komplexen Bau mit Denkmalschutzauflagen in einem insgesamt sehr großen städtebaulichen Projekt, der Urban Tech Republic.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, sie bitte darum, diesen Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Titel 68562 – Zuschüsse an Kunsthochschulen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, auch diesen Titel würde sie gern zurückstellen lassen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dies sei entsprechend vermerkt.

Titel 68561 – Berlin School of Public Health –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, warum der Titel so stark reduziert worden sei. – Sie bitte darum, den Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) konstatiert, es handle sich im Grunde genommen nicht um eine Reduzierung. Die Mittel seien in der Vergangenheit aufgestockt und in den senatsinternen Beratungen jetzt wieder auf das ursprüngliche Niveau reduziert worden. Die entsprechenden Zahlen könne er nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Zahlen zur zweiten Lesung nachgereicht würden.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, sie bitte darum, diesen Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Titel 68570 – Zuschuss an die Einstein-Stiftung-Berlin –

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, hier handle es sich um die institutionellen Mittel für die Einstein-Stiftung. Was sei die rechtliche Bedingung für diese institutionelle Förderung?

Dr. Sandra Westerburg (SenWGP) legt dar, institutionelle Förderungen seien heiß begehrt, da sie eine Ausfinanzierungsgarantie für die jeweilige Einrichtung bedeuteten. Entsprechend sparsam würden sie vom Land ausgereicht. Vor 14 oder 15 Jahren sei beschlossen worden, die Einstein-Stiftung institutionell zu fördern. Für den Fall, dass die Stiftung irgendwann einmal abgewickelt werden sollte, würde das bedeuten, dass alle Mitarbeitenden so lange weiterbezahlt werden müssten, bis sie neue Aufgaben hätten oder pensioniert würden.

Silke Gebel (GRÜNE) konkretisiert, ihre Frage ziele darauf ab, ob dafür ein Senatsbeschluss ausreiche oder ob es dafür ein Gesetz brauche.

Dr. Sandra Westerburg (SenWGP) informiert, dafür sei ein Haushaltsgesetz nötig, in dem diese institutionelle Förderung beschlossen werde. Dies sei vor 15 Jahren geschehen und seitdem immer fortgesetzt worden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, sie bitte darum, diesen Titel ebenfalls zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Titel sei hiermit zurückgestellt.

Titel 89360 – Zuschuss an das Studierendenwerk für Investitionen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, auch diesen Titel würde sie gern zurückstellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, was sich hinter diesem Titel verberge. Es sei lediglich ein Merkposten von 1 000 Euro angegeben.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erläutert, dies sei offenbar ein alter Titel, der in der Vergangenheit genutzt worden sei, um gewisse Ausgaben möglich zu machen, der aber jetzt obsolet sei.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) merkt an, zumindest sei hier ein Sperrvermerk eingetragen. Wie verhalte es sich hier zu den Rücklagen der Hochschulen, die ohnehin da seien? – Sie bitte darum, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erklärt, die Beantwortung dieser Fragen würde die Verwaltung gern schriftlich nachreichen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fügt hinzu, da der Titel den Zusatz „neu“ trage, könne er sich nicht vorstellen, dass es sich um einen alten, obsoleten Titel handle. Ganz logisch erscheine ihm dies nicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu eine schriftliche Antwort nachgereicht werde. Der Titel sei zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 89401 – Investive Zuschüsse an Universitäten –

in Verbindung mit

Titel 89402 – Investive Zuschüsse an Fachhochschulen –

und

Titel 89403 – Investive Zuschüsse an künstlerische Hochschulen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, sie würde diese drei Titel gern zurückstellen lassen zur zweiten Lesung.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt seien.

Titel 89423 – Zuschüsse für Solaranlagen und energieeffizienzsteigernde Maßnahmen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt, hier seien Einsparungen des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemission geplant. Warum werde dies nicht aus dem Sondervermögen bezahlt, sondern komme hier in den grundsätzlichen Haushalt hinein?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erklärt, es handle sich um eine Art Vorratstitel. Das Sondervermögen sei noch nicht verabschiedet; wie es ausgestaltet sei, was die rechtliche Grundlage sei und wie dort Anträge gestellt werden könnten. Daher sei man noch nicht sprechfähig dazu, was aus dem Sondervermögen bezahlt werden könne und was nicht.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt nach, ob man davon ausgehen könne, dass hier mehrere Titel auf null gesetzt werden würden, wenn die konkrete Ausgestaltung vorliege.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) wiederholt, dazu sei sein Haus noch nicht sprechfähig. Was von dem Sondervermögen finanziert werden könne, hänge letzten Endes davon ab, wie dieses ausgestaltet werde und wie die rechtlichen Bedingungen und die Zugangsbedingungen aussähen. Daher könne er die Frage, ob dann dafür etwas wegfallen werde, noch nicht beantworten.

Silke Gebel (GRÜNE) merkt an, vor dem Hintergrund, dass an vielen anderen Stellen die bisher laufenden Energiemaßnahmen mit Verweis auf das Klimasondervermögen gestrichen worden seien, sei es etwas inkonsistent in der Argumentation, dass dies hier aufgeführt sei.

Titel 89421 – Charité, Krankenhausinformationssystem (KIS) –

Silke Gebel (GRÜNE) erkundigt sich, was die Anforderungen dafür seien, diese Verpflichtungsermächtigung zu entsperren. Was unternehme SenWGP, damit die im Dezember 2023 notwendige Ausschreibung von der Charité auf den Weg gebracht werden könne? Sei die Verwaltung der Ansicht, dass die 90 Mio. Euro auskömmlich seien? Sie habe es so verstanden, dass man eigentlich ein höheres Volumen benötigen würde, um ernsthaft ausschreiben zu

können. Für welche Jahre werde dies dann eingestellt? In der Investitionsplanung sei es noch nicht abgebildet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, hierzu werde zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 89419 – Investitionspakt Hochschulbau –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, sie bitte darum, diesen Titel zurückstellen zu lassen zur zweiten Lesung, ebenso wie Titel 89423 – Zuschüsse für Solaranlagen und energieeffizienzsteigernde Maßnahmen –. Sie gehe davon aus, der Bericht werde auch die Frage erhellen, warum in dem Titel kein Deckungsvermerk vorhanden sei, aber gleichzeitig bei einem Ansatz von 1 000 Euro pro Jahr in der Erläuterung von einer Kostenobergrenze von 5 Mio. Euro gesprochen werde. Das Ganze sei tatsächlich nicht konsistent.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass die beiden Titel zurückgestellt seien.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, bei Titel 89421 – Charité, Krankenhausinformationssystem (KIS) – sei in der Tat die Frage, inwieweit in den vermuteten Gesamtkosten in der VE der Bedarf oder die Vorplanungen seitens der Charité abgebildet seien. Bei Titel 89423 – Zuschüsse für Solaranlagen und energieeffizienzsteigernde Maßnahmen – interessierten in insbesondere die kleinen, sofort umsetzbaren Maßnahmen wie die Umrüstung auf LED-Lampen und Ähnliches. Er hätte gern einen Bericht darüber, in welcher Größenordnung hier im Bereich der Hochschulen und Universitäten noch ein Umrüstungsbedarf bestehe.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der schriftliche Bericht zur zweiten Lesung sei vorgemerkt.

Dr. Claudia Wein (CDU) merkt an, zu Titel 89421 – Charité, Krankenhausinformationssystem (KIS) – habe ihre Fraktion die mündlichen Informationen so verstanden, dass mehrmals große Summen auflaufen würden. Daher werde man bis zum 29. September 2023 noch eine Frage nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die CDU-Fraktion noch eine Frage schriftlich nachreichen werde.

Titel 89434 – Zuschuss an „Charité-Universitätsmedizin Berlin“ für Investitionen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, sie bitte darum, diesen Titel zurückzustellen zur zweiten Lesung

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Titel zurückgestellt sei.

Dr. Claudia Wein (CDU) äußert, ihre Fraktion werde zu diesem Titel eine Frage schriftlich nachreichen. Es gehe darum, wie das Controlling über diese hohen Summen wahrgenommen werden solle.

Silke Gebel (GRÜNE) sagt, auch ihre Fraktion werde noch etwas schriftlich einreichen zu der Frage, welche Bedarfe bei den Großgeräten existierten und was es für die Gesundheitsversorgung bedeute, wenn diese nicht angeschafft werden könnten. Könnten dann bestimmte Leistungen nicht erbracht werden, was das ohnehin existierende Defizit weiter verschärfen würde?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die beiden Fragen würden schriftlich beantwortet.

Titel 89435 – Zuschuss an „Charité-Universitätsmedizin Berlin“ zur Erneuerung der technischen Infrastruktur –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, die Reduzierung des Ansatzes widerspreche dem, was der Senat als Schwerpunktsetzung benannt habe. Ihre Fraktion hätte deshalb gern noch einen Bericht dazu, wie der Senat sich die Umsetzung vorstelle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Titel 89482 – Charité, Sanierung Aschheim Zondek-Haus, CCM –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) stellt fest, hier sei eine Fertigstellung bis Ende 2025 prognostiziert. Natürlich könne es Nachläuferkosten geben, aber auch für 2027 seien noch 3,2 Mio. Euro eingestellt. Warum werde so lange mit Nachläufern gerechnet?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erklärt, diese Frage würde die Verwaltung gern schriftlich beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dazu zur zweiten Lesung ein Bericht angefertigt werde. Damit sei Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Hochschulen – abgeschlossen.

Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Gesundheit –

Mitberaten wird:

a) Bericht SenWGP – I B 2 – vom 01.08.2023 — 0925 A Haupt
Aktueller Stand zu den Maßnahmen hinsichtlich der Erneuerungen von Leitungen im Krankenhaus des Maßregelvollzugs
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 09 zurückgestellt)

b) Bericht SenWGP – I D (V) – vom 31.08.2023 — 1031 A
Umsetzungsstand der Auszahlung der 50 Millionen Inflationsausgleichsmittel für Krankenhäuser aus dem Nachtragshaushalt sowie des im Doppelhaushalt vorgesehenen Kreditmittelprogramms für Krankenhäuser
(Berichtsauftrag aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)
(in der 40. Sitzung am 13.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 09 zurückgestellt)
Haupt

c) Bericht Senat von Berlin – WGP I F 11 – vom 19.09.2023 — 0494 C
Clearingstelle für die gesundheitliche Versorgung von nicht krankenversicherten Menschen ohne Regelversorgung / Anonymer Krankenschein
gemäß Auflage B. 60 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, sie bitte darum, den Bericht rote Nr. 0925 A in der zweiten Lesung noch einmal aufzurufen.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, dies sei entsprechend vermerkt.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt zum Bericht rote Nr. 1031 A die Frage, wann die Vorlage zu den 50 Mio. Euro Inflationsausgleichsmittel kommen werde. SenWGP habe signalisiert, dass die Gespräche hierzu abgeschlossen seien. Beim Kreditmittelprogramm für Krankenhäuser hätte sie gern eine Information zum Stand der Gespräche bezüglich der 150 Mio. Euro, die aufgenommen werden würden.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) informiert, die Gespräche zu den Inflationsausgleichsmitteln seien in der Tat abgeschlossen. Die Vorlage befinde sich auf dem Weg zum Hauptausschuss.

Helge Franz (SenWGP) erläutert, das Kreditprogramm sei im Grunde nichts anderes als eine Verpflichtungsermächtigung, die es ermöglicht habe, über 20 Jahre Bewilligungsbescheide auszustellen. Sonst könne man immer nur innerhalb des Haushaltsbindungsjahres bewilligen. Deswegen seien die Etatisierungen aus den letzten Jahren nur kleine Beträge als Annuität gewesen, die dann leistungsbezogen auf die einzelnen Häuser aufgeteilt worden seien und diese hätten befähigen sollen, Kredite aufzunehmen. Es sei für Häuser, die in der jährlichen Gesamtfallzahl relativ geringe Anteile der Gesamtsumme hätten, nicht rentabel, daraus Darlehen zu hebeln. Darlehenssummen von 250 000 Euro über 20 Jahre nehme niemand auf. Das bedeute, die Mittel würden vereinnahmt und zweckgerichtet verwendet, aber dies sei nur für größere Häuser mit einem größeren Gesamtvolumen überhaupt von Interesse gewesen. Ihm seien nur zwei Häuser bekannt, die bisher von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hätten. Es gebe also unter dem Strich kein Interesse der Häuser, das länger fortzuführen.

Wichtig sei: Es werde nicht separat zusätzlich etatisiert, sondern man müsse mit jedem Haushaltsansatz im Doppelhaushalt für die Investitionspauschale den bereits durch langfristige

Bewilligung über 20 Jahre gebundenen Betrag virtuell abziehen und könne nur noch den neuen Betrag auszahlen. Daher sei für spätere Haushaltsgesetzgeber immer schon ein Aufwuchs vorhanden, den man nicht mehr auskehren könne. Dies sei auch für den Haushaltsgesetzgeber nicht interessant, deshalb habe man es nicht mehr mit aufgenommen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht rote Nr. 1031 A zur Kenntnis genommen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) konstatiert, in dem Bericht rote Nr. 0494 C zeige sich eine erfreuliche Entwicklung, nämlich dass die Clearingstelle sehr gut angenommen werde. 2022 seien die Mittel zum ersten Mal nicht ausreichend gewesen, und auch in diesem Jahr seien sie bereits verausgabt. Sehe der Senat die Möglichkeit, die Arbeit trotzdem bis zum Ende des Jahres fortzusetzen? Ab 2024 seien die Ansätze höher, lägen aber noch deutlich unter dem Ist. Gerade bei den erstmalig Ratsuchenden mit einem Pass aus Nicht-EU-Staaten sei der Anstieg am deutlichsten. 57 Prozent der Ratsuchenden seien wohnungs- oder obdachlos. Diese Klientel benötige nach wie vor Unterstützung. Die Clearingstelle verweise darauf, dass sie gern auch stärker mit Hospizen, Sanitätshäusern und Reha-Einrichtungen kooperieren würde, hierfür aber im Moment die personellen Ressourcen nicht ausreichten. Damit könne eine Nachsorge für die Patientinnen und Patienten nicht garantiert werden. Wie stelle SenWGP sich die weitere Umsetzung vor?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) schickt voraus, die Frage gebe ihr die Möglichkeit, die gute und wertvolle Arbeit der Clearingstelle hervorzuheben. Sie sehe die Entwicklung ebenfalls positiv. Im Sinne von Gobal Health Policies sei es wichtig, diejenigen, die keine Krankenversicherung, aber auch diejenigen, die keinen Zugang zu Krankenbehandlungen hätten, zu versorgen. Vor allem der Präventionsgedanke sei das Nonplusultra bei der Arbeit der Clearingstelle und der mit ihr kooperierenden Gremien und weiteren Träger und Projekte. Es sei eine wichtige Verzahnung, dass die Clearingstelle nicht nur medizinische Behandlung in die Wege leite und die Patientinnen und Patienten zielgerichtet führe, sondern dass auch Sozialberatung inbegriffen sei. Gleichzeitig müsse man aber auch feststellen, dass die einzelnen Fälle sehr viel größer würden und die Schwere der Behandlungen dazu führe, dass diese teurer würden. Die Clearingstelle müsse innerhalb des laufenden Haushalts finanziert werden, damit es nicht plötzlich zu einem Stopp der Behandlungen und der Ausgabe von Krankenscheinen komme. Dies sei eine Notwendigkeit.

Man müsse aber auch prüfen, an welchen Stellen das Regelsystem eingreifen könne. Beispielsweise gebe es Kinder und Jugendliche, die eigentlich durchaus im Sozialversicherungssystem ankommen könnten, aber aus verschiedenen Gründen im System nicht weiterkämen. Aus Sicht des Public-Health-Ansatzes sei jede Impfung, jede Beratung und jede Behandlung in diesem Bereich wertvoll, aber man müsse auch zu einer Patientensteuerung kommen und die Verschränkung mit den Regelangeboten müsse stärker dargestellt werden. Deshalb sei SenWGP im regelmäßigen Austausch nicht nur mit der Clearingstelle, sondern auch mit den Institutionen und Trägern rund um die vulnerablen Gruppen und mit SenASGIVA, um ein gemeinsames medizinisches und sozialberaterisches Angebot beispielsweise an obdachlose, nicht krankenversicherte und von Diskriminierung betroffene Menschen zu machen. Hier müsse eine bessere Verschränkung und eine weitere Verbreitung von Informationen erzielt werden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) sagt, sie bitte darum, diesen Bericht an den Fachausschuss zu überweisen. Es sei notwendig, hier konzeptionell noch einmal tiefer einzusteigen, insbesondere was die Verhandlungen mit der GKV und die Übernahme von Leistungen durch die GKV betreffe. Dies sei nicht der einzige Bereich, in dem die GKV sich „ziert und sträubt“.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, er stelle Einvernehmen darüber fest, dass so verfahren werden könne.

Silke Gebel (GRÜNE) berichtet, zu den Kosten der Kliniken, die nicht durch ein Clearingverfahren beglichen würden, sei der Betrag 15 Mio. Euro im Umlauf. Ob diese Zahl korrekt sei, wisse sie nicht, aber es gebe gerade eine Erhebung dazu. Sicher müsse das Thema im Fachausschuss beraten werden. Es habe aber auch eine haushaltspolitische Komponente, wenn Personen, die gar nicht als Zielgruppe identifiziert worden seien, Nutznießerinnen und Nutznießer einer solchen Clearingstelle seien und nicht mehr die eigentlich in den Blick genommene Zielgruppe. Als Haushaltsgesetzgeber müsse man sich die Frage stellen, ob man die Differenz einfach bezahle und somit jedem ermögliche, ohne Krankenkassenkarte zum Arzt zu gehen, oder ob man versuchen sollte, den Prozess zu stärken. Wenn am Ende die Krankenhäuser, insbesondere die staatlichen, auf diesen Kosten sitzenbleiben würden, müssten diese schließlich auch aus dem Haushalt bezahlt werden. Wie gehe SenWGP mit der Situation um, dass die bei den Krankenhäusern aufgelaufenen Kosten durch Nichtversicherte deutlich über den vorgesehenen 3 Mio. Euro lägen? Könnte man dies durch eine Optimierung – wenn ja, durch welche – noch verbessern, um zwar den Menschen zu helfen, aber gleichzeitig über die GKV oder die europäischen Versicherungen das Geld einzutreiben?

Helge Franz (SenWGP) erläutert, die ursprüngliche Idee der Clearingstelle sei gewesen, dass erst einmal geklärt werden müsse, ob nicht doch ein Krankenversicherungsschutz bestehe. Der wesentliche Punkt sei jedoch, dass dies nur bei planbaren Leistungen möglich sei. Bei den Klinken kämen aber Notfälle an. Dadurch entstehe eine Lücke, die es allerdings auch schon vor Bestehen der Clearingstelle gegeben habe. Die Kliniken stellten bei der Rechnungstellung fest, dass kein Versicherungsschutz bestehe. Dies spiele sich bilateral ab. Das Problem, wie SenWGP dazwischenkommen könne, weil es Ausgaben auf Betriebskostenseite seien und die Finanzierung über die GKV laufe, diese dafür aber nicht eintrete, könne gern in den Fachausschüssen analysiert werden. Eine schnelle Lösung dafür habe er nicht.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, sie bitte darum, in Bezug auf Vivantes und Charité Zahlen dazu nachzureichen, welche Kosten dieser Umstand dort verursacht habe, damit sich der Fachausschuss noch fundierter damit befassen könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Zahlen schriftlich nachgereicht würden. Damit sei der Bericht rote Nr. 0494 C ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt, es sei klar, dass die Rückzahlungen 2022 sehr hoch und 2023 niedriger gewesen seien. Er frage sich jedoch, warum die Zahlen für 2024 und 2025 deutlich anstiegen. Von welcher Art zweckfremder Verwendung sei hier die Rede? Was seien die häufigsten Fälle?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, es handle sich um Rückzahlungen von Zuwendungen zum Beispiel von Projekten im Rahmen der ESF-Förderung. Im Rahmen der regelhaften Abbildung müsse man einen bestimmten Prozentsatz mit aufstellen. Ihres Wissens sei dies die Abbildung dessen, womit man zu rechnen habe.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) sagt, er bitte um eine schriftliche Darstellung zur Art der zweckfremden Verwendung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dazu werde zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob Rückzahlungen in dieser Höhe jedes Jahr zu erwarten seien, oder ob eine „Erkenntniskurve“ bei den Antragsstellenden zu erkennen sei. Aktuell betrage das Ist 1,7 Mio. Euro. Plane der Senat, Mittel aus diesem Titel gegebenenfalls für die Pauschale Minderausgabe zu entnehmen? Und falls ja, müssten dann nicht die Ansätze für die Jahre 2024 und 2025 höher angesetzt werden?

Valentin Schröder (SenWGP) antwortet, die Ansätze variierten, weil sie die aus den Vorjahren gespeisten Erwartungen an die künftigen Rückzahlungen abbildeten. Sollten Prüfungen ergeben, dass der Zuwendungszweck nicht erreicht worden sei, würden die Zuwendungen zurückgezahlt. Diese Rückzahlungen erfolgten jedoch oftmals nicht im gleichen Haushaltsjahr. Sie würden dann zunächst in dem Titel als Einnahme verbucht und für die nächste Haushaltsperiode als Erfahrungswert vorgemerkt.

SenWGP bemühe sich, die Höhe der ausgereichten Zuwendungen so festzulegen, dass der Zuwendungszweck erfüllt werde. Jedoch könnten Differenzen nicht vermieden werden, da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung der Ansatz nicht exakt abgeschätzt werden könne. Dass das Jahr 2022 besonders heraussteche, sei darauf zurückzuführen, dass die Prüfungen und Bescheide coronabedingt länger als in den Jahren davor gedauert hätten. Gewisse Schwankungen seien jedoch bei diesem Titel aber auch bei allen anderen 111921ern Titeln nicht zu vermeiden und ein planerisches Problem.

Martin Matz (SPD) macht darauf aufmerksam, dass, falls in diesem Bereich Änderungsanträge mit Gegenfinanzierungen geplant sein sollten, mit Blick auf die aktuellen Ist-Listen mit hohen Rückzahlungen nicht gerechnet werden könne.

Titel 28101 – Ersatz von Ausgaben –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, weshalb es in diesem Titel keinen Ansatz für 2023 gebe.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, dass es sich dabei um Erstattungen im Rahmen der Coronavirusimpfverordnung handele, die das Bundesamt für Soziale Sicherung übernehme. Die Impfzentren seien bis zum 31. Dezember 2022 betrieben worden, deshalb gebe es für 2023 keinen Ansatz. Anhand der Pauschalen gehe SenWGP jedoch davon aus, dass für die Jahre 2024 und 2025 Mittel in der veranschlagten Höhe benötigt würden, da in diesen Jahren u. a. sämtliche Abrechnungen anfielen.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, warum für das Klageverfahren bei der Krankhausfinanzierung keine Vorsorge getroffen worden sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erklärt, die Klage sei nach dem Senatsbeschluss zum Haushaltsplanentwurf eingegangen. Über die Verteilung dieser Kosten werde im Senat noch diskutiert.

Titel 52610 – Gutachten –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, was mit „Epidemiologischer Suchtsurvey“ gemeint sei.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, mit dem Epidemiologischen Suchtsurvey würden Daten zum Suchtmittelkonsum erfasst, um eine Datengrundlage für die Gesundheitsberichterstattung, aber auch für Publikationen von SenWGP und für das Landeskonzept Drogen und Sucht zu schaffen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, warum in Nr. 4 – Evaluation des Psychiatrieentwicklungsprogramms – PEP – und Landespsychiatrieplans – die eingestellten Summen unterschiedlich hoch seien. Worauf ziele diese Evaluation ab?

Warum seien in Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – die Ansätze für die Jahre 2024 und 2025 erhöht worden, obwohl das Ist im Jahr 2022 erheblich geringer sei und auch der bisherige Abfluss in 2023 deutlich darunter liege? Welche konkreten Maßnahmen seien geplant?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, das PEP von März 1997 bilde bis heute die Grundlage für die Struktur des gesamten psychiatrischen Versorgungssystems. Die Evaluation solle 2024 durchgeführt werden. In der bevorstehenden Krankhausreform des Bundes würden bestimmte Themen des psychiatrischen Bereichs nicht angesprochen. Daher diene der Ansatz 2025 auch dazu, aktuelle Berichterstattungen, Gesetzesvorlagen und Initiativen zu begleiten. Das sei in vergleichbaren Untersuchungen in Niedersachsen, NRW und Thüringen ebenso veranschlagt worden. Das PEP müsse gut evaluiert werden, um Schlussfolgerungen ziehen zu können, die die psychiatrische Versorgung in Berlin auch in Zukunft sicherstellten.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) ergänzt, dass in den vergangenen Jahren pandemiebedingt andere Schwerpunkte gesetzt worden seien. Die Bereiche Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit sollten nun wieder „hochgefahren“ werden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wendet ein, dass das zwar für das Jahr 2022 zutreffe, jedoch nicht den geringen Abfluss im Jahr 2023 erkläre. Welche konkreten Maßnahmen seien geplant?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, es werde zur zweiten Lesung ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Titel 54010 – Dienstleistungen –
Titel 54053 – Veranstaltungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, beide Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 9 zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass beide Titel zurückgestellt würden.

Silke Gebel (GRÜNE) bringt zur Sprache, dass ihr der Zuwachs für das Landeskonzept Drogen und Sucht bis 2025 unverhältnismäßig hoch erscheine. Warum sei mit dem Forschungsinstitut Delphi ein externer Dienstleister beauftragt worden? – Warum seien weitere Mittel für die Weiterentwicklung des Mustergesundheitsamts eingestellt worden?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, es sei schon vor dem Sicherheitsgipfel ein wichtiger Punkt gewesen, dass man sich bei dem Thema Drogen und Sucht nicht nur mit medizinischen Aspekten beschäftigen dürfe. Um alle Aspekte zu beleuchten, solle eine gesamtstädtische Konzeption erstellt werden. Ihre Eingangsbemerkungen zur schwierigen Personalsituation treffe auch für das Referat 1 B zu. Um alle Aspekte darstellen und gegebenenfalls auch juristische Expertise hinzuziehen zu können, beabsichtige SenWGP, die Konzeption nach außen zu vergeben.

Das Mustergesundheitsamt werde nicht neu entwickelt, sondern gemeinsam mit den Bezirksämtern solle in einer Organisationsanalyse festgestellt werden, welche Aufgaben die einzelnen Teilbereiche hätten und welche Rolle multiprofessionellen Teams dabei spielten. Diese Organisationsanalyse sei auch angesichts des Besetzungsstands im öffentlichen Gesundheitsdienst dringend notwendig und sei auch Teil der Regierungsrichtlinien. Um die Weiterentwicklung des Mustergesundheitsamts in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern und weiteren Dienstleistenden in den Bezirken voranzubringen, müsse das in der richtigen Größenordnung erfolgen. Es sei absehbar, dass der benötigte Besetzungsstand nicht erreicht und gleichzeitig die Aufgaben durch rechtliche Regelungen oder inhaltlicher Weiterentwicklungen weiter ansteigen würden. Die neuen Aufgaben erforderten neue Steuerungsmöglichkeiten, die ebenfalls ein externer Dienstleister übernehmen werde.

Dr. Claudia Wein (CDU) führt aus, dass sich nach Einschätzung ihrer Fraktion bezüglich Punkt 4 – Drogenkontrolluntersuchungen und andere Dienstleistungen im Bereich der Drogen- und Suchthilfe – Folgekosten ergeben, die nicht nur den Einzelplan 9 beträfen. Sie kündige an, dass ihre Fraktion Fragen zur Einschätzung und zur Bewältigung schriftlich einreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 29.09.2023, 14.00 Uhr, Fragen zum Titel 54010 - Teilansatz 4 nachgereicht würden, die zur zweiten Lesung beantwortet werden sollten.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, warum in Titel 54053 – Veranstaltungen – im Zuge der Vorsorge keine Veranstaltungen zur Krankenhausstrukturreform durchgeführt würden. Im Verhältnis dazu sei im Bereich Kindergesundheit und Kinderschutz ein Mittelaufwuchs bis 2025 von rund 100 000 Euro zu verzeichnen. Wie begründe SenWGP diese Schwerpunktsetzung?

Helge Franz (SenWGP) erläutert, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Veranstaltungen zur Krankhausreform benötigt würden, stattdessen müssten die vorliegenden Daten und die Änderungen, die sich durch die Reform ergäben, analysiert werden. Daraus werde die Neuaufstellung eines Krankenhausplans resultieren. 1 000 Euro pro Jahr seien für die Durchführung von Fachausschüssen zum Krankenhausplan etatisiert. Mit dem Fachausschuss, der paritätisch aus Kostenträgern und der Krankenhausgesellschaft unter Einbeziehung von SenWGP und der Ärztekammer besetzt sei, würden die Eckpfeiler besprochen. Daraus resultierten möglicherweise Änderungen für einzelne Krankenhäuser oder auch für die komplette Situation. Die

Ergebnisse würden nach derzeitigem Stand ab 2026/2027 erwartet. Für die konzeptionelle Phase seien die eingestellten Mittel auskömmlich.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, warum in Nr. 2 – Sitzungen im Zusammenhang mit der Präventionsberichterstattung – der Ansatz von 300 Euro auf 3 000 Euro gestiegen sei. Werde zehnmal so oft getagt, oder seien die Häppchen teurer geworden?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, nach der Pandemie seien die Sitzungen von digital wieder auf Präsenz umgestellt worden. Es fänden verstärkt Sitzungen zum Präventionsgesetz und zu einzelnen Präventionsprojekten statt. Gerade im Public-Health-Bereich sei es wichtig, dass sich die Akteure der einzelnen Ressorts miteinander vernetzten und Fachtagungen stattfänden.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob die Ansätze für den ÖGD-Pakt-zur Umsetzung der Imagekampagne ÖGD auf einer Schätzung beruhten oder bereits vereinbart worden seien, und wenn letzteres zutreffe, wann diese Vereinbarung getroffen worden sei. Werde sich SenWGP im Rahmen der Bund-Länder-Abstimmung dafür einsetzen, dass künftig dafür weniger Mittel eingestellt würden? Hochgerechnet würden rund 60 Mio. Euro für eine Werbekampagne eingesetzt.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) führt aus, es gehe darum, die Sichtbarkeit des ÖGD zu erhöhen und zudem Fachkräftesicherung und Fachkräftewerbung für den ÖGD zu betreiben. Dazu sei eine Beschlussfassung der Gesundheitsministerkonferenz – GMK – zur Gesamtkonzeption der Imagekampagne 2023 vorgesehen. Berlin werde sich an dieser bundesweiten Kampagne zur Sichtbarmachung und zur Bewerbung des Arbeitsplatzes ÖGD beteiligen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, den Titel zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 9 zurückgestellt werde.

Silke Gebel (GRÜNE) wiederholt ihre Frage, ob der Anteil Berlins bereits vereinbart und auf welcher Grundlage die Höhe dieses Anteils berechnet worden sei.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, die Arbeitsgemeinschaften der obersten Landesgesundheitsbehörden hätten in der 49. Sitzung im März 2022 die Eckpunkte der auf drei bis fünf Jahre angelegten Imagekampagne festgelegt. Die Gesamtkosten würden derzeit vom Bund auf 40 Mio. Euro geschätzt. Nach dem Königsteiner Schlüssel entfalle auf Berlin ein Anteil von rund 2 Mio. Euro. Diesen Betrag habe SenWGP als Vorsorge eingestellt. Sollten die Einschätzungen des Bundes nach oben korrigiert werden, müsse neu diskutiert werden.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, ob für den nächsten Doppelhaushalt mit den gleichen Summen gerechnet werden müsse.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, valide Aussagen dazu könnten erst nach Konkretisierungen des Bundes getroffen werden.

Titel 68265 – Rückholung Töchterunternehmen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) interessiert, welche Planungsschritte zur Rückholung der Töchterunternehmen vorgesehen seien und wann die Rückholung abgeschlossen sein solle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fragen in einem schriftlichen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 9 beantwortet würden.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, wie der Senat die Rückholung der Töchterunternehmen in Bezug auf die Klage der Krankenhäuser hinsichtlich der Krankenhausfinanzierung bewerte.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) versichert, es werde darauf geachtet, dass dieses wichtige Vorhaben gesetzlich abgesichert sei.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob bereits ein Zeitplan zur Rückholung der Töchterunternehmen feststehe.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, dass sich SenWGP gemeinsam mit SenFin in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zu den Möglichkeiten, den rechtlichen Rahmenbedingungen und den weiteren Umsetzungsschritte verständigen werde.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, inwieweit SenWGP offiziell oder inoffiziell das Gespräch mit den Krankhausträgern zu den Hintergründen, Inhalten und Zielen, die mit der Klage verbunden seien, suche.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) entgegnet, sie befinde sich permanent in Gesprächen mit verschiedenen Krankenhausträgern und scheue keine Diskussionen, auch nicht zu den Gründen und Hintergründen der Klage. Zu dem laufenden Verfahren könne sie keine weiteren Auskunft geben.

Titel 68268 – Zuschuss an Einrichtungen des Maßregelvollzugs –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, warum es keine Zahlen zu Patienten nach § 64 in Wohngemeinschaften gebe.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Zahlen zur zweiten Lesung des Einzelplans 9 schriftlich nachgeliefert würden.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, warum für das Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie keine Mittel eingestellt worden seien.

Zum TA 8 – Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz –: Um die Beratung gesetzeskonform gewährleisten zu können, werde eine Erhöhung um insgesamt 19 Stellen gefordert. Wie gehe SenWGP mit dem Anspruch und der Reduzierung der Mittel in diesem Titel um?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, dass das Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie nicht weiter gefördert werde.

Beim TA 8 sei bei der Haushaltsaufstellung ein technischer Fehler unterlaufen. Die Kürzung von 17 Prozent, die bei den anderen Teilansätzen vorgenommen worden sei, sei hier nicht beabsichtigt gewesen. Der Fehler könne aber im parlamentarischen Verfahren korrigiert werden.

Gemeinsam mit dem Parlament solle über die künftige Schwerpunktsetzung bei den Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern entschieden werden. In besonderer Weise müssten die Themen Tarifsteigerungen, Sicherung sozialer Infrastruktur, Sicherung von Räumen sowie der Fachkräftemangel noch mal angesprochen werden. Es sei bereits festzustellen, dass Träger teilweise Schwierigkeiten hätten, die Zuwendungen abzurufen, da das dafür benötigte Fachpersonal nicht zur Verfügung stehe. Im Bereich Drogen und Sucht fehlten wohnortnahe Räume, um z. B. eine Diamorphinambulanz oder Beratungen anzubieten. In der Vergangenheit sei darauf verwiesen worden, bestimmte Angebote auch mobil durchzuführen oder neue Instrumente einzusetzen. Es müsse auch im Fachausschuss weiter darüber diskutiert werden, wie die soziale Infrastruktur und die Beratungsstellen sichergestellt werden könnten.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, was sich dem in Nr. 16 aufgeführten Cannabismodellprojekt verberge. – Warum sei in Nr. 12 – Suchtprävention in der Partyszene – der Ansatz verdoppelt worden? – Zudem bitte seine Fraktion um eine Darstellung, welche Personen, Vereine oder Verbände hinter den einzelnen Empfängern der Nrn. 1 bis 28 stünden.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, dass sich viele Bezirke für eine Durchführung des Cannabismodellprojekts interessierten. Zunächst müsse jedoch eine anhängiges Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht in Köln gegen die Ablehnung des Cannabismodellprojekts durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte abgewartet werden. Für den Fall, dass das Gerichtsurteil 2024 gefällt werde und das Projekt in die Umsetzung gehen könne, sei in diesem Titel Vorsorge getroffen worden.

Zu TA 12: Erfreulicherweise stoße das Drug-Checking-Projekt auf eine hohe Akzeptanz und Einsatz. Der Senat und auch SenWGP verschlössen nicht die Augen davor, dass in der Partyszene Drogen konsumiert würden. Präventive und kontrollierende Maßnahmen könnten beispielsweise dazu beitragen, vor besonders gefährlichen Substanzen wie beispielsweise die Ecstasy-Pillen „Blue Punisher“ zu schützen. Diese Maßnahme stehe auch in den Regierungsrichtlinien.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) kündigt an, dass seine Fraktion weitere Fragen schriftlich einreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest.

Martin Matz (SPD) kündigt an, dass über den TA 8 hinaus an diversen Teilansätzen dieses Titels im Fachausschuss oder auch im Hauptausschuss noch weiter gearbeitet werde.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt zu Nr. 28 – Aufbau Anlaufstellen für Betroffene von Long/Post Covid, Post Vac –, für welche anderen Krankheitsbilder der Senat ebenfalls den Aufbau von Anlaufstellen analog zu Long Covid plane. An welchen Kriterien mache der Senat den notwendigen Aufbau einer Anlaufstelle fest?

SenWGP habe eine doppelte Kürzung – Stichworte Mittelsenkung und Preissteigerung – vorgenommen. Wenn für Tarifsteigerungen im Rahmen der verfügbaren Mittel auf die dezentrale Tarifvorsorge zurückgegriffen werden könne, wie werde das an die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger kommuniziert? In welchem Umfang werde der Mehrbedarf aufgrund von Tarifsteigerung und Inflation an die Zuwendungsempfänger weitergereicht?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, der Aufbau einer Anlaufstelle für Betroffene von Long/Post Covid stehe auch in den Richtlinien der Regierungspolitik. Auch die Anhörung im Ausschuss habe gezeigt, dass sowohl die Krankheitsbilder und Betroffenenberichte als auch die Lotsen- und Leitfunktion in dem System unterschiedlich bewertet würden. Der Bundesgesundheitsminister habe aktuell im Bereich Long Covid zu mehreren Fachgesprächen eingeladen. SenWGP habe die Hoffnung, dass es nicht bei einer Leitlinie bleiben werde, sondern auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, im besten Fall zusammen mit einer Finanzierung, geschaffen würden. Mit den Mitteln solle der Aufbau dieses Anlaufsystem finanziert werden. In Gesprächen mit den einzelnen Versorgern werde noch geklärt, ob der Zuwendungstitel der richtige Ort dafür sei. Für die Betroffenen sei es sehr schwierig, sich in dem medizinischen System wiederzufinden. Es gebe im Wissenschaftsbereich eine Anlaufstelle bei Frau Prof. Scheibenbogen, es müssten aber auch Betroffene zielgerichtet in das System geleitet werden. SenWGP werde sich in Zusammenarbeit mit dem Bund in den nächsten zwei Jahren besonders darum kümmern, den Bereich Long/Post Covid darzustellen, um Betroffenen eine Lotsenfunktion anbieten zu können.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält für den Ausschuss fest, dass die restlichen Fragen rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 9 schriftlich beantwortet würden.

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet um eine Darstellung aller aus diesem Titel finanzierten Unterstützungsmaßnahmen für Sexarbeitende mit Mittelzuteilung in den Jahren 2024 und 2025 in Gegenüberstellung mit den dafür verausgabten Mitteln im Jahr 2023.

Martin Matz (SPD) bittet darum, in dem Bericht zusätzlich darzustellen, wie die Drogenkonsumraumangebote 2024 und 2025 an der Förderung partizipierten. Darüber hinaus bitte seine

Fraktion um eine ressortübergreifende Darstellung, wie die Beschlüsse des Sicherheitsgipfels im Haushaltsplanentwurf abgebildet und welche Kosten für die Maßnahmen geplant seien.

Sebastian Walter (GRÜNE) schließt sich dem Berichtsauftrag an. Zudem bitte er darum, die Mittel für Sexarbeitende einzelplanübergreifend darzustellen. Blieben die Mittel bei den Bezirken, oder würden diese in die Senatsverwaltung überführt?

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, welche Angebotskürzungen die Kürzung in den abgesenkten Zuwendungstiteln zur Folge hätten. Welche Maßnahmen des Sicherheitsgipfels seien hier etatisiert? Gebe es einen Zeitplan für die Verhandlungen?

Vorsitzender Stephan Schmidt Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der schriftliche Bericht zur zweiten Lesung sei hiermit vermerkt.

Titel 68550 – Zuschuss an die Charité für gesundheitliche Aufgaben –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, warum in Nr. 4 – Projekt: Klimawandel und Gesundheit – Interdisziplinäre Weiterentwicklung eines baulichen Gesundheitsschutzes – für die Jahre 2024 und 2025 keine Mittel eingestellt worden seien. Werde davon ausgegangen, dass der Klimawandel Ende 2023 abgeschlossen sei, oder sollten die Mittel in das Sondervermögen überführt werden?

Helge Franz (SenWGP) antwortet, seiner Kenntnis nach habe es einen Ansatz für ein Modellprojekt gegeben, das im letzten Doppelhaushalt nicht umgesetzt worden sei. Im Sonderprogramm Klimaschutz sei die Etatisierung ausgelaufen, da die Mittel in andere Bereiche übertragen werden sollten.

Titel 68579 – Mitgliedsbeiträge –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob die Mitgliedschaft im Aktionsbündnis Patientensicherheit aufgelöst worden sei.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) bestätigt das.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt nach, was der Grund dafür gewesen sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) erklärt, dass die Mitgliedschaft der SenWGP keinen Mehrwert bringe.

Titel 89360 – Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention für Standardanpassungen (Investitionen) –

Titel 89102 – Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH –

Titel 89218 – Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, die Titel zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Titel zur zweiten Lesung des Einzelplans 9 zurückgestellt würden.

Kapitel 0921 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin –

Gender Budgeting

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet SenFin darum zu prüfen, ob sich der Aspekt der Unterscheidung von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamte generell auf das Gender Budgeting auswirke und damit zukünftig ein neuer relevanter Faktor für die Systematik des Berichtswesens sein müsse. Ist die Unterscheidung von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen bzw. Beamten ein Faktor, der zu Unterschieden bei den Einkommen zwischen den weiblichen und männlichen Beschäftigten führe? Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, um die Differenz bei den durchschnittlichen Jahreseinkommen von weiblichen und männlichen Beschäftigten auszugleichen?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass eine schriftliche Beantwortung der Fragen rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 9 erwartet werde.

Titel 81179 – Fahrzeuge

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, wie die 2026 fällige Verpflichtungsermächtigung zustande komme.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) teilt mit, sie habe gelernt, dass Leichenwagen lange im Voraus bestellt werden müssten. Der nächste Leichenwagen werde 2026 benötigt; dafür sei hier Vorsorge getroffen worden.

Kapitel 0922 – Gemeinsames Krebsregister –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0930 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Pflege –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum zu erläutern, wo es zu Pflegekostensteigerungen komme und wie diese prognostiziert würden. Wie sehe die Kostenprognose für die Hilfe zur Pflege in den nächsten Jahren aus, und wie würden diese Kosten getragen?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Titel 53319 – Landespflegestrukturplanung –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, beide Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, welche Schwerpunkte SenWGP mit diesem Titel hinsichtlich den Nrn. 6 – Maßnahmen zur Erweiterung der landeseigenen Pflegeinfrastruktur – und 13 – Krisenvorsorge und Klima im Bereich Pflege – setze.

Donald Ilte (SenWGP) erklärt, die Aufgabe solle im Kern erhalten bleiben, aber in zwei verschiedenen Aspekten verfolgt werden. Es handele sich daher um keine neue Schwerpunktsetzung, sondern um eine Aufteilung bzw. Neuausrichtung unter dem Aspekt Klima und Katastrophenresilienz.

Titel 68148 – Zuschüsse für einkommensorientierte Förderung –
Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –
Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung –
Titel 68450 – Förderung der Berufsausbildung –

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Titel auf Antrag von **Dr. Manuela Schmidt** (LINKE) zur zweiten Lesung des Einzelplans 09 zurückgestellt würden.

Kapitel 0940 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Außeruniversitäre Forschung und Charité –

Mitberaten wird:

a) Bericht SenWGP – I D 1 – vom 22.06.2023 — 0267 B Haupt
Einnahmeverluste bei Charité und Vivantes sowie Verhandlungen mit dem Bund zur Krankenhaushilfe
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 27.09.2023 gesetzt)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich, wie der Stand der Verhandlungen hinsichtlich der Klage der Krankenhäuser sei.

Dr. Claudia Wein (CDU) kündigt an, dass ihre Fraktion Fragen zur Charité nachreichen werde.

- mo -

Vorsitzender Stephan Schmidt macht darauf aufmerksam, dass die Fragen bis Freitag, 29.09.2023, 14 Uhr eingereicht werden müssten.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) teilt mit, dass die pandemiebedingten Rückgänge der Fallzahlen und der belegbaren Betten zusammen mit den gestiegenen Energiekosten und den nachlaufenden Steigerungen im Rahmen der Abrechnungen von Leistungen an der Charité zu einem Verlust geführt hätten. Die Charité habe bereits Maßnahmen eingeleitet, um die Verluste zu minimieren, und diese im Aufsichtsrat und in den entsprechenden Gremien vorgestellt. Es werde davon ausgegangen, dass die Verluste ein kurzfristige Phänomen seien und nicht dauerhaft aufträten. Zusätzlich solle die Krankenhausfinanzierungsreform des Bundes die Krankenhausstrukturen so gestalten, dass exzellente Versorgung sowie Forschung und Lehre auf einer guten finanziellen Grundlagen angeboten werden könnten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0267 B zur Kenntnis.

b) Bericht SenWGP – IV E RR – vom 11.09.2023 — 0946 D
Untreueverdacht bei der CFM — Haupt
hier: Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion
(Berichtsauftrag aus der 34. Sitzung vom 19.04.2023)
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 09 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0946 D ohne Aussprache zur Kenntnis.

c) Bericht SenWGP – IV E RR – vom 19.09.2023 — 0946 E
Untreueverdacht bei der CFM — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 34. Sitzung vom 19.04.2023) — Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Unterlage im Datenraum
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass hinsichtlich der Unterlage eine vertrauliche Beratung im Datenraum vorgesehen sei, sofern es dazu Wortmeldungen geben sollte.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0946 E ohne Aussprache zur Kenntnis.

d) Bericht SenWGP – IV E 2 – vom 01.08.2023 — 0057 G
Beihilfekonformität der coronabedingten Verlustausgleichszahlungen an die Charité – Universitätsmedizin Berlin — Haupt
(Berichtsauftrag aus der 35. Sitzung vom 03.05.2023
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 von der Konsensliste genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am 27.09.2023 gesetzt)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0057 G ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass die in der Einladung noch unter den Buchstaben e und f aufgeführten Berichte bereits beim Kapitel 0910 aufgerufen worden seien.

e) Bericht SenWGP – IV D Sch – vom 12.09.2023 — 0396 C
Baumaßnahmen mit Gesamtkosten ab 100 Mio. Euro sowie Risikoanalyse und Risikominimierungsmaßnahmen
hier: Museum für Naturkunde
gemäß Auflage A. 15 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 09 zurückgestellt) — Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, dass ein Fortschrittsbericht zum Stand der Sanierung des Museums für Naturkunde vorgelegt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Fortschrittbericht zur letzten Sitzung vor der Sommerpause am 26.06.2024 erwartet werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0396 C zur Kenntnis.

Titel 68516 – Zuschuss zur gezielten Forschungsförderung –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob das Projekt Ecornet Berlin verschoben oder beendet worden sei.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, Ecornet sei mit einem Forschungsprojekt beauftragt worden. Das Programm habe nicht funktioniert und werde in dieser Form eingestellt.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet SenWGP darum zu prüfen, ob bei den Projekten zu den Teilansätzen 4 – NAKO Gesundheitsstudie – und 6 – Anschub- und Kofinanzierung von innovativen Forschungsschwerpunkten – auch Aspekte des Gender Budgeting einfließen und für Forschungsmittel gesteuert bzw. evaluiert werden sollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht zur zweiten Lesung des Einzelplans 9 erwartet werde.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) möchte wissen, warum sich in Nr. 5 – Weizenbaum-Institut – im Jahr 2025 die Mittel verdoppelt hätten. Welche konkreten Projekte würden aktuell gefördert?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet, dass im Rahmen der Institutionalisierung des Weizenbaum-Instituts der Zuschuss erhöht worden sei.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) wiederholt seine Frage, welche konkreten Projekte bezuschusst würden.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet, dass der Zuschuss für das Institut selbst sei.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Titel zurückgestellt werde.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet darum, die geförderten Projekte des IFAF aufzulisten und darzustellen, welche Voraussetzungen für eine institutionelle Förderung erfüllt sein müssten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtsauftrag vermerkt sei.

Titel 68647 – Einwerbung von Forschungsvorhaben und -verbünden (Kofinanzierung, Vorbereitungsmittel) –

Titel 89408 – Zuschüsse zur gezielten Forschungsförderung für Investitionen –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet darum, beide Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest.

Titel 89484 – Zuschuss an die Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls (ZRA) für Investitionen –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, warum die Höhe der veranschlagten Mittel in den Jahren so stark variiere.

Dr. Björn Maul (SenWGP) antwortet, dass es einen Planungshorizont gegeben habe und mit dem Planungsprozess begonnen worden sei. Deswegen seien in den vergangenen Jahren Ansätze und ausgegebene Mittel ausgewiesen worden. Im Rahmen des Planungsprozesses habe sich jedoch gezeigt, dass noch Randbedingungen auch im Kontext der Bezirke zu klären seien. Es handele sich um eine Lagerhalle für schwach- bis mittelradioaktive Abfälle, bei der zusätzliche Regularien ins Spiel kämen. Dadurch verzögere sich die Baumaßnahme. Daher sei zunächst ein Peak bezüglich der Planungskosten und später bezüglich der Kosten für die eigentliche Baumaßnahme sichtbar.

Titel 68684 – Zuschuss an das Ferdinand-Braun-Institut –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bittet um Klärung, warum in der Tabelle in den Erläuterungen keine Zahlen für 2025 aufgeführt seien.

Dr. Björn Maul (SenWGP) informiert, dass das Ferdinand-Braun-Institut einen eigenen Titel erhalten habe, nachdem es aus dem Forschungsverbund Berlin herausgelöst worden sei.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, ob das Institut 2025 dann wieder eingegliedert worden sei.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) sagt zu, die Antwort schriftlich nachzureichen.

Kapitel 0991 – Sekretariat der Kultusministerkonferenz –

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt, warum in diesem Kapitel die Darstellung so kleinteilig sei.

Valentin Schröder (SenWGP) antwortet, dass bei dieser Darstellung aller 16 Bundesländer, eine detaillierte Auflistung gefordert werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 09 damit abgeschlossen sei.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke - Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet darum, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Anhörung der Bezirke am 11. Oktober 2023 zu erläutern, ob aus Sicht der Senatsverwaltung die Mittel für das Psychiatrieentwicklungsprogramm – PEP – auskömmlich seien.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) weist darauf hin, dass es sich bei den PEP-Mitteln um bezirkliche Mittel handele und SenWGP daher nur einen begrenzten Einfluss und begrenzte Kenntnisse zu einzelnen Themen habe. Im Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft sei eine ausführliche Darstellung der PEP-Mittel vorgelegt worden, die im Hauptausschuss beraten werden solle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht rechtzeitig zur Anhörung der Bezirke am 11. Oktober 2023 erwartet werde.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.22 Uhr bis 15.55 Uhr]

Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt Berichtsaufträge zur Auflösung der unterschiedlichen PMAs an.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Einreichung des Berichtsauftrags bis Freitag fest.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) kündigt Berichtsaufträge unter anderem zum Themenkomplex Welcome-Support an.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Einreichung des Berichtsauftrags bis Freitag fest.

Stefan Ziller (GRÜNE) kündigt an, Berichtsaufträge zum Kopfkapitel zur Frage von Zuwendungen einzureichen. Er bitte um Darstellungen, wie SenASGIVA Zuwendungsbearbeitung vereinfachen, vereinheitlichen und digitalisieren wolle.

Dass es erst mit dem Haushalt im Dezember Planungssicherheit für Januar gebe, sei angesichts des Fachkräftemangels für Träger eine Zumutung. Welche Verpflichtungsermächtigungen gebe es in den Zuwendungstiteln bzw. bräuchte SenASGIVA, um Zuwendungen für den nächsten Doppelhaushalt sechs bis zwölf Monate überlappend ausreichen zu können, damit die Planungsvorbehalte größer seien? Sei es möglich, die Zuwendungen 2025 bis Mitte oder Ende 2026 sicherzustellen, damit die Träger eine Chance hätten, die Fachkräfte zu halten?

Zuletzt habe er ein Schreiben zur Diskussion des Beitritts zum WHO-Netzwerk „age-friendly cities and communities“ erhalten. Die Senatsverwaltung sage, dass es einen politischen Willen und eine Ausstattung mit nötigen finanziellen und personellen Ressourcen an den passenden Stellen bräuchte. Welche finanzielle und personelle Ressourcen bräuchte es?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsaufträge zur zweiten Lesung fest.

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, ob das Projekt Zuwendungen mit Teilprojekten weitergeführt werde. Sie bitte um einen Bericht dazu, wie das Projekt weitergeführt werde; ob es Veränderungen zu den ursprünglichen Ideen gebe; zu Kosten und wo sie veranschlagt seien; und zum Zeitplan.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird:

Bericht SenIAS – ZS D 2 – vom 28.03.2023 **Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten hier: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales** gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme (in der 39. Sitzung am 30.08.2023 zur 1. Lesung des Einzelplans 11 vertagt)	0926 Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht zum Zeitplan bei Geschäftsprozessoptimierung und Eingliederungshilfen; zum Zeitplan einzelner Schritte bis zur digitalen Bescheidzustellung beim Sozialhilfeportal; Erklärung der Kosten inklusive reservierten SIWA-Mittel; der Maßnahmegruppe 32 im Einzelplan 11; und der Digitalisierung des Schwerbehindertenbereichs, auch einschließlich Zeitplan.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0926 zur Kenntnis.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –
Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Hendrikje Klein (LINKE) fragt, warum die Nebenkosten für SenASGIVA stiegen während die Mietkosten sänken.

Steffen Weickert (SenASGIVA) führt aus, die Kosten in Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements seien 2022 810 000 Euro. Es gebe eine Reduzierung aufgrund der aktualisierten Räumlichkeiten und Berechnungen zu den Gebäuden. Der Flächenbedarf sei entsprechend angepasst. Die Paracelsusstraße sei enthalten.

Bei Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management gebe es eine Reduzierung, weil das Dachgeschoss in der Oranienstraße ausgebaut sei, sodass sich eine andere Flächenkonstellation ergebe.

Titel 45902 – Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, was beabsichtigt sei. Der Titel sei neu, und es gebe nur einen Merkansatz.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt schriftliche Beantwortung zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält Beantwortung zur zweiten Lesung fest.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Dr. Hugh Bronson (AfD) merkt an, es gebe eine Erhöhung der Öffentlichkeitsarbeit, jedoch geringe Ausgaben im Ist. Was sei ab 2024 beabsichtigt?

Steffen Weickert (SenASGIVA) erklärt, es habe mit der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen zu tun. Es gebe eine konzeptionelle Neuausrichtung, und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sei notwendig.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, ob der Senat eine Strategie habe, die pauschalen Minderausgaben aufzulösen.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) führt aus, dass sie aufgrund der hinterlegten Summen ein paar Projekte der Koalition umsetzen wollten. Es bereite keine großartigen Probleme, sie im laufenden Haushalt aufzulösen. Sie würden Projekte haben, deren Geschwindigkeit langsamer sein werde, sodass sie davon ausgingen, dass der Betrag aufgrund des laufenden Geschäfts handhabbar ist.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –
Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Dr. Hugh Bronson (AfD) erkundigt sich, warum es auf der einen Seite pauschale Mehrausgaben, aber gleichzeitig eine pauschale Minderausgabe gebe.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt zu, Berichte aus dem Fachausschuss zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, was es mit dem letzten Satz auf sich habe, der ausführe, dass der Teilansatz entfalle. Entfalle die E-Akte?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) versichert, die E-Akte werde weiter umgesetzt, und sie führten die Planung wie bisher fort.

Steffen Weickert (SenASGIVA) fügt hinzu, SenASGIVA sei ein Teil des zentral ausgesteuerten Umsetzungsverfahrens. Warum der Teilansatz entfalle, müsste er nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Kapitel 1109 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration –

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet darum, schriftlich anzugeben, welche Titel Willkommenszentren beträfen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Dr. Hugh Bronson (AfD) will wissen, was eine App für Bürger mit Migrationshintergrund koste. Was kosteten die Veranstaltungen im Rahmen des Projekts Cities4Refugees?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Hendrikje Klein (LINKE) lenkt die Aufmerksamkeit auf Teilansatz 8 – Landesprogramm Video- und Audiodolmetschen –, zu dem es 2023 einen Ansatz von 500 000 Euro gegeben habe. Dafür seien nun 0 Euro vorgesehen, und es gebe den Verweis auf ein Gutachten. Wann liege das Gutachten vor? Hätten sie Mittel für die Umsetzung eingestellt, und wenn ja, wo?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) verweist auf einen Bericht aus dem Fachausschuss. Sie nähmen sich die Umsetzung vor.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) fügt hinzu, sie würden den Bericht aus dem Fachausschuss vorlegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt zu Teilansatz 5 – Deutschkurse für Geflüchtete –, wie viele Geflüchtete in den Jahren 2022 und 2023 aus diesem Titel einen Deutschkurs besucht hätten. Unter Teilansatz 12 – Islamforum – würden 0 Euro aufgeführt, aber die Erklärung weise darauf hin, dass 2022 70 000 Euro und 2023 140 000 Euro veranschlagt gewesen seien. Wie sei das zu erklären?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) kündigt die schriftliche Beantwortung der Frage zu Teilansatz 5 an, da dieselbe Frage im Fachausschuss aufgekommen sei.

Das Islamforum sei gerade erst ausgeschrieben.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) ergänzt, die vorgelesene Zahl sei im Haushalt von SenKultGZ veranschlagt, nicht in Einzelplan 11. Das stehe in der Erklärung.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht zu den Tätigkeiten des Islamforums.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Hendrikje Klein (LINKE) will wissen, in welchen Titeln Teilansatz 6 – Einrichtung Unterstützungsstruktur für Wohnungssuchende – und Teilansatz 7 – Aufbau einer Geschäftsstelle zur Unterstützung des zukünftigen Roma- und Sinti-Beirates – nun veranschlagt seien.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) informiert, die Wohnungsthematik sei in Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Soziales – enthalten.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) fügt hinzu, der andere Teilansatz sei in Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – von Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) – enthalten.

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, wie genau Teilansatz 2 – Spezifische Förderung von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten – aussehe. – Welche Maßnahmen finanzierten sie aus Teilansatz 3 – Asyl-, Migrations-, Integrationsfonds –?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Hendrikje Klein (LINKE) merkt an, in Teilansatz 7 – Strukturfonds – sei auch das Demokratiefördergesetz enthalten. Wie wollten sie es ohne Mittel umsetzen? Wie viel benötigten sie?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) nennt den Berichtsauftrag im Fachausschuss. Einerseits müssten sie das Demokratiefördergesetz erarbeiten, sodass sie es erst ab Doppelhaushalt 2026/2027 untersetzen könnten. Zudem habe sich die Koalition verständigt, den Strukturfonds zu prüfen. Da die Anmeldung schon vor ihrer Zeit erfolgt sei, sodass die Dienstleistung, die SenASGIVA liefern könne, gewesen sei, den Teilansatz zu schaffen. So hätten sie Vorsorge dafür geschaffen, es mit dem Konzept zu unterlegen.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, ob der Senat die Erarbeitung oder die Umsetzung erst ab 2026 beginne.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) führt aus, die finanzielle Unterlegung könnten sie erst 2026/2027 mit der Anmeldung abschließen. Die wissenschaftliche Expertise habe der Hauptausschuss vor Kurzem gebilligt, sodass sie die nun in Auftrag gäben. Sie hätten Demokratiekonferenzen geplant, um ein partizipatives Verfahren zu starten. Im Anschluss gebe es einen Referentinnenentwurf, und dann nehme es nach GGO seinen Weg. Sie versuchten, die gesetzliche Grundlage zum nächsten Doppelhaushalt geschaffen zu haben.

Titel 68411 – Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet darum, eine Liste der verschiedenen Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege aufzustellen, die Zuschüsse erhielten.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Hendrikje Klein (LINKE) will wissen, wie sich die geringere Veranschlagung 2024/2025 begründe.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, es hänge mit der schwierigen Haushaltslage zusammen. Ihr Haus versuche Projekte zu halten, müsse aber auch manche Ansätzen verringern.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, wie viel die jeweiligen Träger im Vergleich zu aktuell erhielten. Würden sie Projekte ganz streichen, oder kürzten sie Projekte insgesamt? Wie bewerte der Senat, dass dabei Sachkosten eher stiegen?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) äußert, sie habe über eine Globalsumme verhandelt, und ihr Einzelplan sei von 1,7 Mrd. Euro auf 2,3 Mrd. Euro gestiegen. Sie könnten weitestgehend alle Projekte, die sie förderten, halten. In diesem Bereich könnten sie alle Projekte halten.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) informiert, ein Bericht dazu sei schon über den Fachausschuss ausgelöst. Die AWO Senioren- und Jugendarbeit habe 2020 324 000 Euro und 2021 324 000 Euro erhalten. Das Projekt Al-Muntada des Diakonischen Werks habe 2020 57 300 Euro und 2021 57 500 Euro erhalten. Das Projekt To Spiti des Diakonischen Werks habe in beiden Jahren 121 000 Euro bekommen. Das Projekt soziale Beratungsstelle für neuankommende jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer der Jüdischen Gemeinde habe 2020 45 300 Euro und 2021 46 000 Euro bekommen. Im Doppelhaushalt 2022/2023 stehe die AWO Senioren- und Jugendarbeit mit 390 000 Euro in beiden Jahren, das Projekt Al-Muntada des Diakonischen Werks habe 67 500 Euro bekommen. Das Projekt To Spiti des Diakonischen Werks habe 151 000 in beiden Jahren erhalten. Das Projekt soziale Beratungsstelle für neuankommende jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer der Jüdischen Gemeinde habe 54 000 Euro in beiden Jahren erhalten. Darin seien Verstetigungen für Tarifanpassungen enthalten, was die Summe von knapp 600 000 Euro enthalte. Sie seien auf das coronabereinigte Ist 2022 zurückgefallen.

Stefan Ziller (GRÜNE) kritisiert, es klinge nach Sozialkürzungen. Da sie auf den Stand 2022 vor Inflation zurückgingen, obwohl es einen großen Aufwuchs im Einzelplan gebe, sollte sich der Ausschuss die Zahlen genauer anschauen. Er bitte um Zurückstellung für die zweite Lesung.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) ergänzt, sie hätten die Festsetzungen nicht in der Kürze der Zeit in allen Titel auffangen können. Der Kraftaufwand der Senatorin zeige sich aber in anderen Titeln; Sie gingen davon aus, dass keine Träger gefährdet seien. Es könne Angebotseinschränkungen geben, die sie versuchten, so gut es gehe abzufangen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 68412 – Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, welche Organisationen die Förderung bei der Rechtsberatung für Geflüchtete bei Teilansatz 6 – Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen, Rechts- und Verfahrensberatung für Geflüchtete – und Teilansatz 7 – Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen: Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge – erhielten. Er bitte um schriftliche Beantwortung.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) sagt zu, den Bericht aus dem Fachausschuss zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Hendrikje Klein (LINKE) lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass in Teilansatz 7 – Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen: Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge – ausgeführt sei, dass es eine neue Bundesförderung geben solle. Was sei das für eine neue Bundesförderung, und in welcher Höhe seien Mittel zu erwarten?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt zu, den schriftlichen Bericht zur Verfügung zu stellen, den sie für den Fachausschuss vorbereitet hätten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) verweist darauf, im Genderbudgeting sei erläutert, dass das Ziel eine geschlechterparitätische Aufteilung der Mittel sei. Die Zahlen von 2022 zeigten, dass derzeit 44 Prozent der Teilnehmenden weiblich und 56 Prozent männlich seien. In der Steuerungsmaßnahme sei festgelegt, dass durch Öffentlichkeitsarbeit mehr Männer und Jungen angesprochen werden sollten, was der Zielsetzung widerlaufe, angesichts dessen, dass schon mehr Männer vertreten seien. Wolle der Senat das Ziel nochmals anpassen?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) unterstreicht, die aktuellen Zahlen änderten nichts an der Zielsetzung, Genderbudgeting auch in den Zuwendungen widerzuspiegeln. In der Gruppe der Zuwendungsempfänger sei das Geschlechterverhältnis ungleich verteilt. Sie hätten eine geschlechtergerechte Nutzung der Haushaltsmittel für Unterstützungsleistungen als Zielsetzung im Blick.

Sebastian Walter (GRÜNE) fasst zusammen, das Ziel sei, dass mehr Frauen teilnähmen. Die Steuerungsmaßnahme sage aber, dass mehr Jungen und Männer angesprochen werden sollten. Er bitte um schriftliche Aufbereitung.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) bekräftigt, sie hätten die angesprochene Zielgruppe verstärkt. Sie fühlten sich dem verpflichtet. Sie hielten die Frage damit erläutert, aber er freue sich über eine Präzisierung der Fragestellung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest. Zusätzlich könne ein Berichtsauftrag bis Freitag, 12 Uhr nachgereicht werden.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Dr. Hugh Bronson (AfD) erkundigt sich, was unter einem digitalen Willkommenszentrum zu verstehen sei.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, sie wollten digitale Zugangs- und Beratungsmöglichkeiten schaffen. Es gehe um eine aus AMIF-Mitteln finanzierte App.

Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) –

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA – IV C 2 – vom 10.08.2023 **Geplante Vergabe einer Gutachten- und Beratungsdienstleistung** **hier: Vergabe einer Expertise „Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen für Richtlinien zur Entwicklung (bzw. Vergabe der Entwicklung) und Anwendung von automatisierten Entscheidungssystemen (ADM) im Land Berlin “** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 (in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 11 zurückgestellt)	1091 Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, das LADS-Kapitel für vertiefte Befassung an den Ausschuss UABezPHPW zu überweisen, weil Personalmangel herrsche.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass die Personaltitel bereits alle überwiesen seien.

Stefan Ziller (GRÜNE) begrüßt, dass der Senat Unterstützung hole. Wo liege die Zuständigkeit bei KI-Vorhaben? Arbeiteten Senatsverwaltungen für sich, oder finde Koordination statt?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bekräftigt, die Landesregierung habe das Ziel, ADM zu nutzen, um effizienter und bürgernäher zu werden. SenASGIVA handele in Abstimmung mit SenFin, weil sie federführend für alle Bereiche zuständig sei und Senator Evers seinen Bereich spezifisch betrachte.

Sie würden unter der Dimension Antidiskriminierung schauen, welche Möglichkeiten bestänen und gäben deshalb Expertise in Auftrag, um es umzusetzen.

Sebastian Walter (GRÜNE) bekräftigt, es sei gut, dass sich der Senat mit dem Thema beschäftige. Es sei auch wichtig, den Diskriminierungsschutz in dem Bereich voranzutreiben. Er begrüße, dass es ein kleines Gutachten gebe, dass für die gesamte Berliner Verwaltung Auswirkungen haben werde.

Wo setze die Berliner Verwaltung – Land, Bezirke und landeseigene Betriebe – bislang entscheidungsbasierte KI-Systeme ein, auch über Watson hinaus? Er bitte um schriftliche Beantwortung.

Wo bestehe die Notwendigkeit, Diskriminierung im Blick zu behalten? Er freue sich schon jetzt über erste Erkenntnisse des Senats, auch wenn sie das Gutachten für detailliertere Einblicke abwarten müssten.

Stefan Ziller (GRÜNE) betont, in dem Bericht gehe es zunächst um ADM, nicht um KI. Wann könne der Senat einen gebündelten Zwischenbericht oder Ergebnisse liefern? Der Senat möge abgestimmt und ressourcensparend agieren.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) äußert, ADM sei auch KI-basiert. In den Richtlinien der Regierungspolitik sei festgehalten, KI-gestützte Entlastungsmaßnahmen mit externer Unterstützung voranzutreiben. Sie würden die Expertise in Auftrag geben und gingen davon aus, Ende 2024 berichten zu können.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsaufträge zur zweiten Lesung fest.

Der **Ausschuss** stellt das Kapitel auf Wunsch von **Sebastian Walter** (GRÜNE) zur zweiten Lesung zurück und nimmt den Bericht rote Nr. 1091 zur Kenntnis**.**

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) weist darauf hin, dass der Ansatz reduziert sei mit dem Hinweis, dass 230 000 Euro bei Kapitel 0602 nachgewiesen würden. Es gebe aber kein Kapitel 0602. Was habe es damit auf sich, und wo würden die Mittel dann nachgewiesen?

Selbst mit den 230 000 Euro fehlten noch 500 000 Euro im Vergleich zum Vorjahr. Wie kompensierten sie das?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) unterstreicht, ihre Verwaltung habe die Verwaltungen Antidiskriminierung und Vielfalt sowie Frauen und Gleichstellung dazubekommen. Der Titel 54010 – Dienstleistungen sei bei der Justizverwaltung verblieben, wo es eine Abteilung Vielfalt in der Justiz gebe. Bei dem Ansatz handele es sich um eine Studie mit dem Betrag in Höhe von 230 000 Euro, der hier genannt sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) entgegnet, die Umstrukturierung sei ihm bekannt, aber die Erläuterung sei falsch, weil der übermittelte Planentwurf im Einzelplan 06 kein Kapitel 0602 vorsehe. Wo genau seien die Mittel zu finden?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, es sei unter Kapitel 0601 zu finden

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um eine schriftliche Auflistung der in dem Zusammenhang erwähnten Projekte.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) informiert, es liege dem Fachausschuss vor, und sie stellten es dem Hauptausschuss zur Verfügung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) begrüßt, dass bei der LADS der Prozess initiiert worden sei, die Zuwendungssachbearbeitung zurück ins Haus zu holen. Der Senat möge dem Hauptausschuss

eine Übersicht zur Verfügung stellen, wie insgesamt die Zuwendungssachbearbeitung einzelplanübergreifend erfolge. Wie bewerteten sie es fachlich und finanziell die beiden Varianten?

Könne SenASGIVA das Ziel mit ihrer Personalausstattung gut umsetzen? Wie schätze sie die personelle Situation für diese Zuwendungssachbearbeitung ein?

Eren Ünsal (SenASGIVA) informiert, sie bauten die Einheit noch auf und konzeptualisierten sie. Sie hätten mit zwei Aufgabengebieten angefangen, die schon bestanden hätten. Mit Unterstützung von SenFin hätten sie vier befristete Beschäftigungspositionen eingerichtet und besetzt. Wenn sie die neuen Kolleginnen und Kollegen eingearbeitet hätten, könne es mit dem Personalbestand gut funktionieren, aber derzeit seien sie noch in der Erprobungsphase.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) merkt an, der Titel wachse erheblich auf. Warum aber hätten sie Teilansatz 4 – Unabhängige Beschwerdestelle Antidiskriminierung – von 200 000 Euro auf 0 Euro herabgesetzt?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) äußert, der Teilansatz sei mit einem Sperrvermerk belegt gewesen und in den Richtlinien der Regierungspolitik nicht erwähnt worden. Er sei zudem in der Vergangenheit nicht so benutzt worden, wie er hätte benutzt werden sollen und sei aufgrund der schwierigen Ausgangslage nicht vorgesehen.

Sebastian Walter (GRÜNE) erinnert, die Bildungsverwaltung habe auf eine schriftliche Anfrage erklärt, dass der Träger ADAS die Aufgabe der UBS erfülle. Die schriftlichen Antworten an den Hauptausschuss erklärten, was fachlicher naheliegender sei, dass die LADG-Ombudsstelle aufgrund des LADG für diesen Bereich eine Zuständigkeit habe. Das sei aber nicht die Forderung der Zivilgesellschaft, und es sei nicht mit personellen oder finanziellen Mitteln hinterlegt. Er nehme zur Kenntnis, dass die Forderung nicht mehr in den Richtlinien der Regierungspolitik auftauche. Welche Aussage sei richtig – LADG-Ombudsstelle, ADAS oder die UBS, die sie nicht realisierten? Er bitte um schriftliche Antwort.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert, wenn SenASGIVA am Ziel und der Notwendigkeit einer unabhängigen Beschwerdestelle Antidiskriminierung für den Bildungsbereich Interesse habe, verstehe er die Streichung nicht.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) betont, Diskriminierungsschutz sei ein ausdrückliches Anliegen ihrer Senatsverwaltung. Sie stärkten die LADS, die für alle Diskriminierungsformen zuständig sei.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) bekräftigt, für sie gälten die Richtlinien der Regierungspolitik. Die fachpolitische Debatte sei insbesondere mit dem Hinterlegen des Sperrvermerks deutlich geworden. Sie begäben sich gerne in die Klärung, könnten aber nicht über die Richtlinien der Regierungspolitik hinausgehen.

Dr. Hugh Bronson (AfD) kündigt an, eine schriftliche Anfrage nachzureichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Einreichung des Berichtsauftrags bis Freitag fest.

Steffen Zillich (LINKE) kritisiert, dass sie die Haushaltsberatungen anders führen könnten, wenn alles wegfalle, das nicht in den Richtlinien der Regierungspolitik vermerkt sei. Es gebe keinen Automatismus. Er verstehe, dass es nicht als Schwerpunkt vermerkt sei, aber das heiße noch nicht, dass es wegfalle. Die Frage des Abgeordneten Walter bestehe somit weiterhin. Die Debatte zur unabhängigen Beschwerdestelle sei hinsichtlich der Zuständigkeit in der Vergangenheit mäandert. Gleichzeitig müsse der Senat die Frage beantworten, ob es eine Beschwerdestelle geben solle und in welcher Profilierung und Verantwortung. Wenn der Bericht vorliege, könne der Ausschuss über das Ergebnis reden.

Sebastian Walter (GRÜNE) lobt, dass in dem Titel sei eine Verpflichtungsermächtigung für 2025 verankert sei mit der Erläuterung, dass die für eine überjährige Projektförderung vorgesehen sei. Unterstütze SenFin dies mit? In anderen Einzelpläne gebe es zum Teil Verpflichtungsermächtigungen; könne SenFin dies für andere Zuwendungstitel umsetzen?

Zur Umstellung der Zuwendungsfinanzierung, Fehlbedarfsfinanzierung, Eigenanteilsfinanzierung, habe es die unterschiedlichsten Berichte im Fachausschuss gegeben. Er bitte darum, die Berichte auch dem Hauptausschuss zuzuliefern. Sei SenFin beim Wechsel bei der Zuwendungsförderung bei der LADS eingebunden gewesen? Wie sei die fachliche Einschätzung zum Zuwendungswechsel von SenFin? Er bitte um schriftliche Antwort.

Mit Blick auf Genderbudgeting sei im Titel zur Erläuterung von Teilansatz 3 – Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt – verankert, dass auch transidente Menschen teilnähmen, das Programm Teilnehmende gezielt ansprechen solle und sie beim Landesprogramm berücksichtigt würden. Mit welchen Maßnahmen wolle der Senat „die Zahl der sich selbst als trans* identifizierenden Teilnehmenden“ erhöhen? Er bitte um schriftliche Antwort.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) schlägt vor, die Thematik der Verpflichtungsermächtigung in den bereits ausgelösten Berichtsauftrag einzupflegen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkennt an, dass es Berichtsaufträge aus dem Fachausschuss gebe. Könne der Senat dennoch schon jetzt mündlich etwas zu dem geplanten Modell der Anteilsfinanzierung und dem Eigenanteil in Höhe von 2 Prozent sagen? Wie solle er voraussichtlich erbracht werden? Er schließe sich dem Berichtsauftrag des Abgeordneten Walter an, insbesondere zur Frage der Anteilsfinanzierung des Eigenanteils von 2 Prozent.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) äußert Verständnis dafür, dass sie die Anteilsfinanzierung noch mal darstellen sollten. Sie könnten das tun, aber es gebe einen sehr ausführlichen Berichtsauftrag im Fachausschuss. Er schlage vor, den zur Verfügung zu stellen.

Eren Ünsal (SenASGIVA) führt aus, wie sie die Ansprache von trans Personen im Landesprogramm fördern wollten. Es sei wichtig, in allen Förderprogrammen und unabhängig der Schwerpunkte der jeweiligen Projekte die Diversityperspektive einzunehmen. Sie förderten auch die intersektionale Perspektive sehr stark. Es sei ein Kriterium bei der Förderauswahl, dass Projekte eine entsprechende Ausrichtung nachweisen könnten. Sie führten Fortbildungen mit den Projekten durch, sodass sie sich intersektional ausrichten könnten und sie erarbeiteten Möglichkeiten der Ansprache von unterschiedlichen Zielgruppen mit ihnen. Eine generelle Sensibilisierung sei wichtig. Dazu gehöre, für Projektmitarbeitende Angebote vorzuhalten.

Steffen Zillich (LINKE) bedauert, dass der Senat durch die Neuaufstellung der Finanzierung der Zuwendungsempfänger im Bereich der LADS Unruhe ausgelöst habe. Er verstehe zum Teil die Erwägung dahinter, den Weg einer Anteilsfinanzierung zu gehen; er verstehe auch, dass es verwaltungsseitig eine Vereinfachung wäre. Das Problem sei aber, inwieweit die Aufgabenwahrnehmung dann noch funktioniere und inwieweit die Verunsicherung dazu führe, dass die Aufgabenwahrnehmung darunter leide. Es gebe eine abstrakte Zusage, für jeden Träger eine Lösung zu finden, die aber unter den Rahmenbedingungen nicht zu Beruhigung führe.

Im Rahmen einer Umstrukturierung wäre es gut, individuelle Lösungen, die man möglicherweise finden müsse, mit ihnen zu verhandeln. Habe SenASGIVA mit den Trägern bereits individuelle Lösungen vor dem Datum der Antragsstellung – das sei relevant – gefunden? Mit wie vielen Trägern hätten sie gesprochen? In der Handreichung scheine zwar die „akademische Schönheit“ des Zuwendungsrechts durch, aber er habe die Erfahrung, dass dies mit mannigfaltigen Dysfunktionalitäten verbunden sei. Deswegen habe SenASGIVA zurecht Modellprojekte zum Umgang damit.

In der Praxis seien aber noch einige Sachen sehr unklar: wie ein Eigenanteil dargestellt werden könne, wie es mit ehrenamtlichen Leistung, Bundesmitteln aussehe usw. – Die Situationen der Träger seien extrem unterschiedlich, sodass sie die Verlässlichkeit brauchten, eine Lösung zu finden und sie dann auch mittelfristig zu verabreden. Es sei wichtig, den Prozess einschätzen zu können, um in den Haushaltsberatungen einschätzen zu können, ob das Verwendungsziel der Mittel tatsächlich erreicht werden könne. Der Mittelaufwuchs sei gerechtfertigt. Der Senat könne als Herangehensweise alternativ eine längere „Einschleifzeit“ mit einer hilfsweisen Bewilligung vornehmen und dann individuell das Verfahren für die Zukunft verabreden. Das würde die Beunruhigung und den Druck lösen. Er bitte um eine Einschätzung der Situation.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bekräftigt, sie nähmen die Sorgen der Träger sehr ernst. Verschiedene Träger hätten sie am Rande von Veranstaltungen angesprochen. Es sei eine Entscheidung, die die Abteilung Antidiskriminierung und Vielfalt getroffen habe; andere Abteilungen machten die Fehlbedarfsfinanzierung. Die Entscheidung stamme aus der Vorgängerregierung unter Kollegin Kreck und sei einfacher und wirtschaftlicher. Ihre Fachabteilung habe eine Informationsveranstaltung durchgeführt, um Sorgen zu nehmen. Es habe zudem bilaterale Gespräche gegeben, und sie hätten einen ausführlichen Bericht der Konsequenzen vorgelegt. Im Übrigen müsse der Eigenanteil nicht mit Finanzmitteln hinterlegt sein.

Eren Ünsal (SenASGIVA) betont, die Antragsfinanzierung sei die grundsätzlich gewählte Förderart, aber die Fehlbedarfsfinanzierung oder die Festbetragsfinanzierung seien weiterhin möglich.

Die 2 Prozent seien eine grundsätzliche Größenordnung. Sie wollten, dass die Projekte glaubhaft machten, dass sie sich bemühten, 2 Prozent Eigenmittel aufzubringen, aber keine Finanzierung werde abgewiesen, wenn ein Projekt glaubhaft gemacht habe, dass es die 2 Prozent nicht erreichen könne. 2 Prozent Eigenbeteiligung sei eine Regulierung auf unterem Niveau, 10 Prozent seien in vielen Förderprogrammen nicht selten. Im Durchschnitt liege die Eigenbeteiligung bei den Projekten ohnehin schon bei ca. 1,6 Prozent.

Im Laufe des Jahres 2024 könnten Projekte, die diese Finanzierung nicht erbringen könnten, die Eigenmittel nachweisen. Sie ermöglichten Projekten, einen Zweijahresplan zu machen und zu überlegen, wie sie auf 2 Prozent kämen. Sie legten auch untere Grenzen fest und versuchten, den Projekten konkret Hilfestellung zu leisten. Im Nachgang zur Informationsveranstaltung hätten sie konkret aufgeschrieben, wie sie Eigenbeteiligung leisten könnten. Wenn sie im Einzelfall nicht leistbar sei, fänden sie eine Lösung.

Steffen Zillich (LINKE) wendet ein, Projekte müssten sich für den Weg der Antragsstellung entscheiden und könnten nicht erst mal schauen, was sie schaffen könnten. Teilweise wüssten sie es nicht, weil es eine Umstellung der Finanzierung sei. Sie müssten die Lösung somit vor der Antragsstellung finden, um Sicherheit zu schaffen. Inwieweit wolle SenASGIVA erreichen, dass vor Antragsstellung individuelle Absprachen stattfinden könnten?

Eren Ünsal (SenASGIVA) fügt hinzu, es gebe keine unverbindlichen individuellen Absprachen zwischen Zuwendungssachbearbeitung und Projekt, sondern sie legten die Zielvorgaben für die Projekte und für SenASGIVA verbindlich fest.

Steffen Zillich (LINKE) entgegnet, dass eine erhebliche Unsicherheit bestehe, wie Träger die Anträge stellen sollten. Die Frage für sie sei, welche Bedingungen für eine individuelle Lösung beim Eigenanteil gälte. Sie müssten einen Antrag stellen und sich verpflichten, Leistungen in einem Umfang zu erbringen, ohne zu wissen, ob sie es könnten. Deswegen müsse die Verabredung über eine Lösung bereits in den Jahresantrag der Zuwendungen einfließen. Wie wolle SenASGIVA das ermöglichen?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) vermutet, die Existenz von Unsicherheit zu suggerieren, komme auch von anderer Stelle als von Trägerinnen und Trägern. SenASGIVA wolle Probleme lösen.

Eren Ünsal (SenASGIVA) versichert, vor Antragsstellung fänden immer Vorgespräche mit der Zuwendungssachbearbeitung und der fachlichen Begleitung statt. Dort überlegten sie, was der Rahmen sein könne oder was in dieser verunsichernden Phase für dieses Projekt der beste Weg sei. In diesem Dialog erhielten die Projekte eine Empfehlung, und das funktioniere in der Regel sehr gut. Sie habe nicht den Eindruck, dass die Projekte nicht wüssten, wie sie ihre Anträge stellen sollten.

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, schriftliche Fragen einzureichen.

Sowohl die Fehlbedarfsfinanzierung als auch die Eigenanteilsfinanzierung hätten eine grundsätzliche Annahme, die nicht zutreffe: dass sich Träger beim Staat um bestimmte Aufträge bewärben, dass sie Leistungen übernehmen wollten, Konzepte vorlägen und deshalb die Vorstellung bestehe, die Träger müssten mit ihrem eigenen Geld reingehen. In der Vergangenheit sei das zu großem Teil auch richtig gewesen, denn es habe große und finanzstarke Träger in der Bundesrepublik gegeben. Inzwischen habe es sich verkehrt. Politik formuliere oftmals Wünsche, dass die Zivilgesellschaft Aufgaben übernehme, weil der Staat es nicht mehr selbst schaffe und froh sei, wenn Träger Aufgaben übernähmen. Er unterstütze Träger, die diese Finanzstärke nicht mitbrächten. Oft hätten Träger keine eigenen Strukturen für Geschäftsstelle usw., und Projekte seien zentrale Anteile der Finanzierung. Das sei politisch gewünscht. Auch das Prinzip der Jährlichkeit sei infrage zu stellen, weil Träger seit langer Zeit jedes Jahr eine Förderung erhielten und auch in Zukunft erhalten würden – es gebe viel zum Zuwendungssystem zu sagen, aber das sei nicht Gegenstand der Haushaltsberatungen.

Im Grundsatz stelle sich übergeordnet die Frage, inwieweit es mit Fehlbedarfen oder Eigenanteilen noch zeitgemäß sei. Wie hoch sei vor diesem Hintergrund der Gesamtanteil, den Träger, Zivilgesellschaft erbrächten, um zu Zuwendungen zu kommen? Was sei der Anteil an den Gesamtzuwendungssummen?

Die LHO sage, dass es gleichermaßen nebeneinander gewisse Zuwendungsformen gebe, zwischen denen man sich entscheiden könne. Er bitte um eine rechtliche Einschätzung, ob die Vollfinanzierung theoretisch oder rechtlich möglich wäre, oder ob die Fehlbedarfs- oder Eigenanteilsfinanzierung zwingend sei. Er wolle die Frage schriftlich einreichen. Politisch seien sie inzwischen klar an den Seiten der Träger, weil sich die Ausgangsbedingungen, warum dieses Thema erfunden worden sei, inzwischen verändert hätten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Einreichung des Berichtsauftrags bis Freitag fest.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) hebt hervor, es gebe die haushaltsrechtliche Problematik, dass sie zum Zeitpunkt der Antragsstellung und der Gewährung der Zuwendungen bestimmen müssten, wie die zweckentsprechenden Verwendungen der Zuwendungen nach § 44 LHO nachzuweisen seien, und es gebe Modalitäten, die eine Rolle spielten. Die Senatsverwaltung stehe vor der Herausforderung, zum Zeitpunkt der Antragsstellung – die binde sie für das weitere Zuwendungswesen für die Laufzeit – und abhängig von der individuellen Ausgangssituation des jeweiligen bisherigen Zuschussempfängers eine Lösung zu finden. Sie brauchten eine maßgeschneiderte Herangehensweise, denn die Historie und Ausgangssituation der verschiedenen Antragsstellenden sei unterschiedlich, gerade mit Blick auf das Ziel von 2 Prozent. Die Senatsverwaltung habe für das Dilemma, dass der Lösungspfad zum Zeitpunkt der Antragsstellung besprochen sein muss, keine ausreichende Lösung.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) versichert, sie nähmen die Anregungen aus dem Parlament mit.

Steffen Zillich (LINKE) bestätigt, sie müssten die übergeordnete Debatte führen, die Abgeordneter Walter angesprochen habe, denn das Zuwendungsrecht sei dysfunktional. Es gebe sogar einen Ansatz in der Senatsverwaltung. Sie müssten über Rechtsänderung und -klarstellung reden, aber der landesrechtliche Rahmen sei auch nicht unbegrenzt. Die Praxis des Zuwendungsrechts erschwere die Idee des freien Trägers und der Subsidiarität – dass

Menschen ehrenamtlich subsidiär staatliche Aufgaben übernähmen. Nach aktuellem Stand sei es leichter, jedes Projekt in eine gGmbH auszugliedern, was nicht der Sinn des Zuwendungsrechts sein könne. Sie müssten die subsidiäre Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben finanziell sicherstellen. Der derzeitige Weg sei bürokratisch und unsicher, aber diese allgemeine Debatte helfe hier konkret nicht weiter und beschreibe nur das Feld, in dem der Senat tätig sei.

Es helfe nicht, wenn Staatssekretär Landero Motive dahinter annehme, die Existenz von Unsicherheiten zu äußern. Er selbst nehme Probleme wahr, weil er schon lange viele Träger in dem Feld gut kenne und daran beteiligt gewesen sei, Teile des Feldes überhaupt aufzubauen. Die Verunsicherung bestehe; sie wüssten nicht, wie sie es erbringen sollten und hätten in großen Teilen keine klaren Aussagen dazu bekommen, z. B. inwieweit ehrenamtliche Leistungen als Eigenanteil möglich seien.

Er glaube SenASGIVA das Bestreben, eine Lösung zu finden. Das Problem sei aber, dass sie die Verunsicherung nur lindern könnten, wenn eine Lösung gefunden werde, bevor sich Träger committeten; die Träger müssten sich mit dem Zuwendungsantrag committen. Er bitte um einen Bericht dazu, ob sie vor der Antragsstellung der Zuwendung mit den einzelnen Trägern Gespräche geführt hätten – und mit wie vielen Trägern –, um Lösungen für die Anteilsfinanzierung oder eine andere Form der Zuwendungsfinanzierung zu finden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Sie nähmen die Sorgen der Träger ernst und führten Gespräche mit allen Trägern. Sie bitte darum, konkret Träger zu nennen, die Sorgen hätten, die sie nicht hätten beheben können, sodass sie nochmals in Gespräche gehen könnten.

Steffen Zillich (LINKE) sagt zu, er sei bereit Gespräche zu führen und vermittelnd tätig zu sein, aber sein Status als Abgeordneter verbiete es ihm, Gespräche, die er als Abgeordneter geführt habe, in dieser Form offenzulegen.

Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Arbeit und Berufliche Bildung –

Hendrikje Klein (LINKE) legt dar, sie habe der Zeitung entnommen, dass Wohnraum für Azubis eine Priorität werden solle und es Überlegungen gebe, ein Äquivalent zum Studierendenwerk für Azubis zu schaffen. Welche Überlegungen gebe es?

Am 1. Mai 2023 habe sie gehört, dass das Modell der Vier-Tage-Woche für die Senatorin interessant sei. Sie bitte vor dem 1. Mai 2024 um Ausformulierung von Überlegungen, wie SenASGIVA das vorantreiben wolle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsaufträge zu Ende des Jahres 2023 und Ende März 2024 fest.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Lars Rauchfuß (SPD) bittet darum, Teilansatz 12 – Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen an aus der EU entsandte Beschäftigte, freizügigkeitsberechtigte Beschäftigte, Migrantinnen und Migranten und von Ausbeutung Betroffene, arbeitsrechtliche Schulungen für Geflüchtete sowie Multiplikatoren in der Flüchtlingsarbeit – zur zweiten Lesung zurückzustellen. Es gebe außerdem bereits einen Bericht aus dem Fachausschuss, um dessen Bereitstellung im Hauptausschuss er bitte.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Hendrikje Klein (LINKE) bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht zu Teilansatz 14 – Umsetzungsdienstleistungen für das Solidarische Grundeinkommen –, der sinke, vermutlich weil es auslaufen solle. Wie setzten sie das Auslaufen um? In wie vielen Fällen hätten sie das Übernahmeversprechen der Menschen eingelöst?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) betont, die duale ausbildungstragende Säule der Volkswirtschaft habe dazu beigetragen, dass Deutschland gut durch verschiedene Finanzkrisen gekommen sei. Weil Fachkräfteknappheit, -bedarf und -sicherung derzeit wichtige Themen seien, hätten sie das Bündnis für Ausbildung gegründet, um junge Menschen mit Ausbildungsplätzen zu versorgen und Fachkräfte zu sichern.

Auch bezahlbares Wohnen für Auszubildende müssten sie thematisieren, da teure Wohnungen Menschen davon abhalte, nach Berlin zu kommen. Insbesondere der öffentliche Dienst sei betroffen. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben baue zum ersten Mal seit langer Zeit wieder Wohnungen für Menschen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt werden sollten. SenInnSport wolle Mitarbeiterwohnen für z. B. Polizistinnen und Polizisten vorantreiben. Gerade Auszubildende mit üblicherweise weniger Geld müssten bezahlbare Zimmer finden können. Eines ihrer Projekte sei deshalb die Gründung eines Azubiwerks. In ihrer früheren Funktion habe sie zusammen mit Klara Geywitz an dem Bundesförderprogramm Junges Wohnen gearbeitet. Sie wollten Fördermittel nutzen, um das Projekt umzusetzen. Sie seien in der konzeptionellen Phase und schauten sich an, wie Berlin es gut machen könne. Dafür schauten sie auch auf Beispiele in München und Hamburg.

Der gesellschaftliche Diskurs zur Vier-Tage-Woche werde schon länger geführt, und sie habe sich am 1. Mai 2023 dazu geäußert. Die Vier-Tage-Woche sei Sache der Tarifpartner, die sich intensiv an dem Diskurs mit beteiligten, z. B. die IG Metall für die Stahlindustrie. Sie habe in dem Diskurs angesprochen, dass es für den öffentlichen Dienst interessant sein könne. Es gehe um Fachkräftesicherung und Attraktivität der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Im Rahmen eines Projekts hätten sich 50 Unternehmen bereiterklärt, ein Jahr lang eine Projektphase in dem Bereich durchzuführen. Auch in Großbritannien und Island habe es verschiedene Pilotprojekte gegeben.

Für die öffentliche Verwaltung sei es aber nicht einfach umzusetzen. Es habe sich keine öffentliche Verwaltung gemeldet, um an dem Projekt teilzunehmen. SenASGIVA betrachte Möglichkeiten, Zeitsouveränität zu stärken, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken und Aufgaben aufzuteilen.

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA) weist darauf hin, dass Teilansatz 14 der Umsetzungsdienstleistungstitel sei, und sie hier die Bewilligung, Auszahlung und Verwendungsnachweisprüfung berücksichtigten. Sie wollten schriftlich antworten, indem sie den Bericht zum SGE vorlege, den sie dem Fachausschuss lieferten.

Hendrikje Klein (LINKE) fragt, wann der Ausschuss mit einem ersten Zwischenstand zum Thema Wohnraum für Azubis rechnen könne.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bedauert, es gebe noch keinen Zeitplan für das Thema Wohnraum für Azubis, aber sie trieben das Projekt voran.

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich, was SenASGIVA machen wolle, wenn Zuwendungsempfängerinnen sagten, sie wollten die Vier-Tage-Woche ausprobieren und sich bzgl. Refinanzierung bei der Senatsverwaltung meldeten.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) stellt klar, es gebe keine Überlegungen dazu. Auch im nächsten Doppelhaushalt werde die bestehende schwierige Lage nicht besser.

Hendrikje Klein (LINKE) bittet um den Bericht zum SGE zur zweiten Lesung, den Bericht zur Vier-Tage-Woche im März 2024 und den Bericht für Azubiwohnraum zum Jahresende.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 68333 – Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung –

Hendrikje Klein (LINKE) fragt, warum Teilansatz 1 – Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung im Land Berlin – und Teilansatz 2 – Berliner Ausbildungsplatzprogramm – gekürzt würden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) verweist auf einen schriftlichen Bericht an den Fachausschuss, den sie dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Titel 68355 – Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung –

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, ob SenASGIVA keinen weiteren Bedarf sehe.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) verweist auf einen schriftlichen Bericht an den Fachausschuss, den sie dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Titel 68476 – Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um eine schriftliche Erklärung, was unter lfd. Nr. 9 – Berufsorientierung Klimaberufe – zu verstehen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Kapitel 1141 – Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet darum, das Kapitel zur zweiten Lesung zurückzustellen. Er bitte zudem um die aktuellen PEBB§Y-Zahlen für das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg. Außerdem bitte er um Informationen dazu, wie viele Eingänge, wie viele höchstwertige Erledigungen und wie viele offene Verfahren es gebe.

Sebastian Walter (GRÜNE) weist darauf hin, dass das Jahresdurchschnittsgehalt der weiblichen Führungskräfte laut Erläuterung bei 19,2 Prozent weniger liege als das ihrer männlichen Kollegen. Gleichzeitig sei geschrieben, dass keine Unterrepräsentierung von Frauen innerhalb der Führungskräfte vorliege. Eine Ungleichbehandlung werde nicht gesehen, und auch die Fachzulagen für männliche Kollegen sei äußeren Umständen geschuldet. Gebe es die Absicht, diesen Gen-der-Pay-Gap zu schließen, beispielsweise durch Qualifizierung? Er bitte um schriftliche Antwort.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsaufträge zur zweiten Lesung fest.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Dr. Hugh Bronson (AfD) weist darauf hin, es sei angegeben, dass es durch die Verzögerung des Projekts zu Mehrkosten gekommen. Was habe sich verzögert? Wann sei mit der Umsetzung des Sicherheitskonzepts zu rechnen? Es betreffe auch Kapitel 1142 – Arbeitsgericht –.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) verweist auf einen schriftlichen Bericht an den Fachausschuss, den sie dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Kapitel 1142 – Arbeitsgericht –

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA – II B 2 – vom 21.07.2023 **Geschäftsentwicklung und Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit** gemäß Auflage B. 90 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 (in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 11 zurückgestellt)	0429 A Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet für die rote Nr. 0429 A darum, als Bezugsperspektive das Vorcoronajahr 2019 zur zweiten Lesung zu ergänzen, denn auch die Gerichtsbarkeit sei von den Auswirkungen der Pandemie betroffen gewesen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Ergänzung der Zahlen zur zweiten Lesung fest.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bestätigt, ein Blick auf 2019 sei spannend, und sie würden es nachliefern. Insbesondere im individual- und kollektivrechtlichen Arbeitsrecht seien die Eingänge um 25 Prozent gestiegen. Dies freue sie. Der Hintergrund sei, dass bei Lieferdiensten wie Gorillas und Flink Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte oftmals angegriffen und umgangen würden und sich die Beschäftigten organisierten und für ihre Rechte kämpften. Sie sei auch glücklich, dass die Arbeitsgerichte für diese Fragestellungen gut gerüstet; die Verfahrensdauern seien deutlich gesunken. Sie danke der Vizepräsidentin des Landesarbeitsgerichts, Frau Dr. Baer.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0429 A zur Kenntnis.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen Bericht zu aktuellen PEBB§Y-Zahlen zur zweiten Lesung sowie um eine Übersicht über die unbesetzten Stellen im richterlichen und nicht richterlichen Bereich zum aktuellen Stichtag.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Der **Ausschuss** stellt das Kapitel auf Wunsch von **Sebastian Schlüsselburg** (LINKE) zur zweiten Lesung zurück

Titel 11912 – Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen aktuellen Bericht zur zweiten Lesung für 2021, 2022 und den aktuellsten Stichtag 2023 zur Entwicklung der Inanspruchnahme der Prozess- und Verfahrenskostenhilfe. Bei seiner letzten schriftlichen Anfrage habe es eine Zunahme gegeben.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Kapitel 1145 – Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Soziales –

Mitberaten wird:

a) Bericht SenASGIVA – III F 1 – vom 07.09.2023 — 1142 Haupt
Evaluation der Leistungstypen nach §§ 67 ff SGB XII
gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 und Folgeberichtsauftrag aus der 34. Sitzung vom 19.04.2023
(in der 41. Sitzung am 20.09.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 11 zurückgestellt)

Der **Ausschuss** stellt den Bericht auf Wunsch von **Stefan Ziller** (GRÜNE) zur zweiten Lesung zurück und nimmt den Bericht rote Nr. 1142 zur Kenntnis.

b) Bericht Senat von Berlin – SenASGIVA III F 1.4 – vom 27.06.2023 — 0486 C Haupt
Maßnahmen, Kosten, Unterbringungsangebote und Belegzahlen im Rahmen der Kältehilfe sowie Bericht zu den sog. Modellprojekten zur Überwindung von Obdachlosigkeit und ihren Folgen
gemäß Auflage B. 91 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
(in der 39. Sitzung am 30.08.2023 über die Konsensliste zur 1. Lesung des Einzelplans 11 zurückgestellt)

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, was dies für den Haushalt 2024/2025 bedeute.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, Anfang des Jahres sei es zentralgestellt worden, um die Steuerung auf ministerieller Ebene durchführen zu können. Dementsprechend seien die Mittel in Einzelplan 27 verortet. Dort sei alles über auftragsweise Bewirtschaftung gehandhabt. Die Mittel stiegen, weil die tatsächlichen Kostensätze nicht abgebildet gewesen seien. Das sei nun alles zusammen mit 6 Mio. Euro im Einzelplan 27 verortet, sodass die tatsächlichen Kostensätze von ca. 33 Euro abgedeckt werden könnten.

Hendrikje Klein (LINKE) kündigt an, sie reiche gegebenenfalls eine Frage nach.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Einreichung des Berichtsauftrags bis Freitag fest.

Stefan Ziller (GRÜNE) äußert, Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – sei im Bezirkseinzelplan. Wie laufe die Akquise? Welche Ziele habe der Senat an Kältehilfeplätzen? Mache das weiterhin die Koordinierungsstelle? Reichten sie die Gelder über die Bezirke zurück an die Träger? Wie viele Plätze werde es geben, und wann starteten sie?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) informiert, sie starteten mit 677 Plätzen im August. Die Zielsetzung bleibe bei 1 000 Plätzen und mehr in den Hochzeiten November bis Februar. Wie in den letzten Jahren handhabten sie Themen wie Notübernachtungsplätze über das ISP und 24-7-Einrichtungen, sodass es wichtig gewesen sei, sie gerettet zu bekommen, um die Zielsetzung bei über 1 000 zu halten. Sie hätten mit den Bezirken das Verfahren geklärt, um mit jedem einzelnen aufzunehmen, wie viele Plätze sie hätten, wie viele sie bräuchten, und um zentral nachzusteuern. Sie seien im „letzten Feinschliff".

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0486 C zur Kenntnis.

c) Zwischenbericht SenASGIVA – III F 2 – vom 22.08.2023 — 0636 B
Unterbringung obdachloser und geflüchteter Menschen (GStU)
gemäß Auflage B. 92 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme
Haupt

Der **Ausschuss** stellt den Zwischenbericht auf Wunsch von **Stefan Ziller** (GRÜNE) zur zweiten Lesung zurück.

Titel 52610 – Gutachten –

Stefan Ziller (GRÜNE) erinnert, das Bundesteilhabegesetz habe den Ausschuss in den letzten Jahren begleitet. Er bitte zur zweiten Lesung darum, den Stand darzustellen und was für die nächsten zwei Jahren in Richtung Bezirke geplant sei. Es habe die Diskussion zu den zwei Aufgabengruppen in den Bezirken gegeben. Wie sei der Planungsstand für die nächsten zwei Jahre? Was sei in den Bezirken finanziert? Wo sei es gesamtstädtisch nötig hinzuschauen, um das Bundesteilhabegesetz in den kommenden Schritten besser umzusetzen als bisher?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Hendrikje Klein (LINKE) will wissen, warum Teilansatz 13 – Humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige und Binnenvertriebene – im Vergleich zu 2023 sinke.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, die ursprüngliche Planung sei gewesen, 100 afghanische und 500 syrische Geflüchtete pro Jahr aufzunehmen. Die syrischen Geflüchteten hätten sie in Kooperation mit dem UNHCR auf 300 nach unten korrigiert, sodass auch der Betrag sinke.

Titel 54602 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU –

Dr. Hugh Bronson (AfD) erkundigt sich, was sich hinter dem erheblichen Mittelaufwuchs verberge und um welche EU-Programme es gehe.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) informiert, dass die Zahlen aufgrund einer fehlenden Ausschreibung noch nicht bekannt gewesen seien. Die Ausschreibung sei nun durchgeführt, sodass sie wüssten, dass sie bei 330 000 Euro landeten.

Dr. Catharina Rehse (SenASGIVA) fügt hinzu, sie schrieben die Verträge in einem Vergabeverfahren aus. Die Kosten dafür seien stark gestiegen, weil die EU Abrechnungs- und Detaillierungsgrade erfordere, sodass die Kosten für den Dienstleister, der sie durchführe, teurer geworden seien.

Es handele sich um das EU-Programm zu den Teilhabekoordinatoren, die in den bezirklichen Stadtteilzentren eingesetzt werden sollten, und das IFP-Stadtteilzentrum.

Titel 63124 – Zuführung an die Stiftung Härtefallfonds Rente –

Hendrikje Klein (LINKE) fragt, warum 2024 27 Mio. Euro enthalten seien, 2025 aber kein Geld enthalten sei.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, es handele sich um eine einmalige Zahlung. Der Bund zahle Betroffenen einmalig 2 500 Euro. Berlin zahle denselben Betrag auch einmalig. Das passiere, sobald der Haushalt beschlossen sei und die Gelder überwiesen seien.

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter –

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, ob hier auch die Gelder für das Neun-Euro-Ticket enthalten seien. Wenn ja, in welcher Höhe?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) versichert, das Neun-Euro-Ticket sei weiterhin geplant und mit ca. 79 Mio. Euro hinterlegt. Sie verständigten sich im Senat final dazu, und der VBB-Aufsichtsrat tage am 28. September 2023.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Hendrikje Klein (LINKE) erkundigt sich, was sich hinter Teilansatz 6 – Beratungsstrukturen in Wohnraum – verberge.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, es handele sich unter anderem um Wohnen statt MUF und die Beratung.

Hendrikje Klein (LINKE) äußert, sie sie auch an Teilansatz 8 – Bereitstellung Notunterkünfte 24/7, neu, mit Schwerpunkt auf die Zielgruppe wohnungslose Menschen mit psychosozialen Problemen – und Teilansatz 9 – Landesprogramm „Mobile Stadtteilarbeit“ – interessiert.

Zu Teilansatz 9 führe die Verwaltung zudem aus, dass es 37 Teams gewesen seien, über EU-Mittel finanziert. Es laufe aus, und der Senat fange es auf: 12 Teams finanziere er über das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren weiter. – Komme noch ein Konzept?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) führt ein, Teilansatz 8 seien 24-7-Einrichtungen, die vorher über europäische Mittel finanziert gewesen seien, die neu im Haushalt seien. Beide Projekte führten sie mit Landesmitteln fort. Das Frauenprojekt in Kreuzberg finde weiter so statt wie es gewesen sei. Beim Projekt mit der Zusammenarbeit mit der Stadtmission klärten sie derzeit noch die Örtlichkeit.

12 Projekte der mobile Stadtteilarbeit finanzierten sie über IFP. Den Rest der 37 Projekte bildeten sie über diesen Titel ab, sodass sie alle Projekte aufrechterhielten.

Sebastian Walter (GRÜNE) lobt die Darstellung von Genderbudgeting in Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) –, Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Arbeit und Berufliche Bildung – und Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Soziales –. Andere Senatsverwaltungen könnten sich daran ein Beispiel nehmen. Dennoch seien in Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen mit Ausnahme von Teilansatz 1 – Betreuungsvereine – keine Erläuterungen enthalten. Er bitte um Genderbudgetingdaten zu Teilansatz 7 – Projekte für wohnungslose Menschen inkl. Housing First und Projekt Schnittstelle Eingliederungshilfe – zur zweiten Lesung. Biete sich der Titel dafür an? Wenn es sich nicht lohne, warum nicht?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden –

Stefan Ziller (GRÜNE) merkt an, es gebe einen schriftlichen Bericht an den Fachausschuss zum ISP. Er bitte um Zuleitung an den Hauptausschuss.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Titel 68455 – Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren –

Stefan Ziller (GRÜNE) betont, der Stadtteilzentrenvertrag laufe zum Ende des Haushalts aus. Wann sei ein guter Zeitpunkt, dem Ausschuss über die Planung der Verhandlungen zur Fortsetzung zu berichten?

Dr. Catharina Rehse (SenASGIVA) schlägt vor, Ende 2024 dazu zu berichten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zu Ende 2024 fest.

Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Leitung der Behörde und Service –

Dr. Claudia Wein (CDU) meldet, ihre Fraktion wolle bis Freitag Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Einreichung der Fragen bis Freitag fest.

Kapitel 1162 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Gesundheits- und Verbraucherschutz –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgung –

Titel 68126 – Leistungen wegen Impfschäden –

Dr. Hugh Bronson (AfD) will wissen, ob der Titel auch Impfschäden im Zusammenhang mit Corona enthalte.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 68133 – Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten –

Dr. Hugh Bronson (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht zu den Fallzahlen der Tatbestände.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 68182 – Leistungen für Opfer von Kriegsauswirkungen beider Weltkriege –

Dr. Hugh Bronson (AfD) fragt, warum die Leistungen 2025 halbiert würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Soziales –
Titel 68128 – Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG –

Hendrikje Klein (LINKE) verweist auf die Tarifniederschrift für das AGM. Sie höre immer wieder von Problemen in der Umsetzung für Assistenzen. Welche Probleme gebe es?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, es habe verschiedene Weisungen an das LAGeSo gegeben, wie der Tarifvertrag für das Arbeitgebermodell in diesem Bereich habe abgedeckt werden sollen. Es habe Probleme gegeben, was vom Tarifvertrag Gültigkeit gehabt hätte. Zunächst sei Besoldung – E 3, E 5 – Thema gewesen, anschließend Rufbereitschaft und Flexibilitätszulage. So seien sie im Juli in die ersten Auszahlungen gekommen. Aktuell be-

kämen sie mit, dass die zusätzlich eingestellten Mittel, um den Tarifvertrag zu akzeptieren – 2 Mio. Euro – nicht reichten. Die getroffenen Weisungen gälten bis 31. Dezember 2023, und es gebe noch offene Fragen bzgl. Finanzierung.

Hendrikje Klein (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht der Probleme inklusive der Probleme mit der auskömmlichen Finanzierung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Kapitel 1167 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Leitung der Behörde und Service –

Mitberaten wird:

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin Drucksache 19/0982 **Ergebnisse der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zum Thema Geflüchtete vom 10. Mai 2023** (in der 38. Sitzung am 21.06.2023 zur 1. Lesung des Einzelplans 11 vertagt)	1004 Haupt InnSichO IntGleich

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) betont, in dem Themenkomplex stecke erhebliche „haushaltspolitische Musik“. Wie sei der aktuelle Stand zu den Gesprächen zwischen Bund und Ländern, insbesondere zu den Finanzierungsfragen und den Anteilen, die der Bund ggf. tragen werde? Wie mache Berlin weiter? Wann sei das nächste Treffen? Wie positioniere sich Berlin voraussichtlich? Wie schulterten sie die Kostenproblematiken zwischen Bund und Ländern? Welche Haushaltsrisiken kämen auf Berlin zu? Gebe es Bewegung bei der Frage der Finanzierungssystematik? Werde das, was in der Protokollerklärung Thüringens als atmendes System bezeichnet worden sei, erreicht – weg von pauschalen Summen, hin zu Pro-Kopf-Finanzierung? Wie sähen die Kosten der Unterkunft, die Anteile des Bundes usw. aus? Auch bei der Unterdeckung des Haushalts insgesamt brauche der Ausschuss eine gute Einschätzung zur zweiten Lesung.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) fasst zusammen, die Fragestellung beschäftige sie seit dem MPK-Beschluss. Nicht nur Thüringen habe das atmende System gefordert, sondern es sei ein 16-zu-0-Beschluss mit verschiedenen Maßnahmen, die die Länder gegenüber dem Bund geäußert hätten. Sie hätten auch verabredet, die Finanzfragen im Rahmen einer Unterarbeitsgruppe bis zur nächsten MPK am 6. November 2023 zu klären. Viele Länder einschließlich Berlin hielten das Datum für zu spät. Es solle auf Bundesebene in deren Haus-

haltsberatungen eingebettet werden. Im November beschließe der Bund den Haushalt für nächstes Jahr.

Berlin sei in der Unterarbeitsgruppe nicht vertreten, sondern nur einige wenige Bundesländer. In verschiedenen Runden machten der Regierende Bürgermeister und der Senator für Finanzen aber immer wieder deutlich, dass es ein sehr wichtiges Anliegen sei, dass sich der Bund mit einem atmenden System beschäftige. Es gebe in den letzten Wochen eine dynamischere Fluchtbewegung, und sie bräuchten Unterstützung des Bundes bei der Unterbringung und Integration.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bestätigt, dies sei der abgesprochene Plan.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, ob der Senat zum 6. November 2023 über die adressierten Fragen und die Haushaltsauswirkungen sowie die gefallenen Beschlüsse berichten könne. Für die zu klärenden Finanzfragen sei zudem relevant, dass es nach dem Datum der Steuerschätzung sei.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bedauert, es sei nicht unmittelbar am 6. November 2023 möglich, da an dem Tag erst die MPK stattfinde, aber der Senat könne unmittelbar in den Tagen danach darüber informieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Der **Ausschuss** schließt die Vorlage rote Nr. 1004 ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Dr. Hugh Bronson (AfD) zeigt sich über die hohe Ist-Zahl überrascht, zumal es alleine um den Betrieb gehe. Er bitte um eine Erklärung. Warum vervierfache sich zudem die Summe von 2023 auf 2024/2025?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, es sei mit Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben zusammen zu betrachten. Themen wie TXL seien nicht geplant gewesen. Dementsprechend seien die Ausgaben in die Höhe gegangen. Im Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben hätten sie für solche unvorhergesehenen Fälle Vorsorge getroffen. Zum jetzigen Zeitpunkt könnten sie nicht sagen, was zukünftig passieren werde. Somit habe der Haushaltsgesetzgeber Klarheit, was hinzukommen könnte.

Dr. Hugh Bronson (AfD) betont, es gehe um einen Ist-Zustand des letzten Jahres. Es gehe immerhin um fast 87 Mio. Euro.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, in der Summe sei TXL abgebildet. Es habe damals noch keine zentrale Vorsorge einer pauschalen Mehrausgabe gegeben, sodass sie diese Ist-Kosten an der Stelle abgebildet hätten. Jetzt gingen sie es so an, dass sie ungeplante Themen antizipierten, die sie in Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben abbildeten.

Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben –

Dr. Hugh Bronson (AfD) merkt an, es gehe um beträchtliche Summen. Welche Annahme liege den 327 Mio. Euro 2024 und 224 Mio. Euro 2025 im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen zugrunde? Warum werde es als pauschale Mehrausgabe angesetzt, statt es zu unterteilen und die konkreten Kosten bei den Titeln anzusiedeln? Mit wie vielen Personen rechne der Senat?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) verweist darauf, dass es lange Gespräche zwischen SenASGIVA und SenFin zu Prognosezahlen gegeben habe. Sie hätten dementsprechend eine Aufstellung aufgrund der aktuellen Migrationsbewegung ermittelt. Basis sei die Vergangenheit, und es sei schwer vorhersagbar. Dementsprechend seien keine aktuellen Einzelmaßnahmen hinterlegt, die er nennen könne. Aktuell müsse das Land schnell Notunterbringungsplätze aufstellen – auch das sei Anfang des letzten Jahres nicht geplant gewesen.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bestätigt, Notunterbringung sei teilweise nachvollziehbar, aber es gehe um eine große Summe von immerhin 551 Mio. Euro. Mit welchen Prognose habe der Senat gearbeitet? Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) sagt zu, die Prognose schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen/Asylbewerber –
Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle –

Jeweils keine Wortmeldungen.

Kapitel 1180 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Frauen und Gleichstellung –

Sebastian Walter (GRÜNE) erinnert, im Koalitionsvertrag sei eine Studie zur Stärkung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Mädchen und Frauen mit Behinderung in besonderen Wohnformen verankert. Finde sich das in diesem Kapitel wieder? Wo sei es sonst verankert?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, es sei nicht veranschlagt.

Malin Schmidt-Hijazi (SenASGIVA) informiert, es gebe einen schriftlichen Bericht zur Lebens- und Gesundheitssituation von Frauen. Besonderen Wohnformen sei ihres Wissens nicht bei SenASGIVA veranschlagt. Dies könnten sie mit dem schriftlichen Bericht kombinieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Der **Ausschuss** stellt das Kapitel auf Wunsch von **Sebastian Walter** (GRÜNE) zur zweiten Lesung zurück

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Hendrikje Klein (LINKE) will wissen, warum der Ansatz von 350 000 Euro mit Blick auf das Ist 2022 und das aktuelle Ist September 2023 so niedrig ausfalle.

Dr. Gabriele Kämper (SenASGIVA) erklärt, die Zinsen, die aus den nicht verbrauchten Zuwendungstiteln aufgelaufen seien, würden dem Haushalt zurückgeführt und dort benutzt, wenn sie im laufenden Jahr eingingen. Zur höheren Summe als normal für 2022 gebe es einen Bericht, den sie dem Ausschuss zur Verfügung stellen könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Hendrikje Klein (LINKE) fragt, was sich im Einzelnen geändert habe. Ein Ansatz von 2023 sei nicht enthalten. Sie bitte um eine Auflistung.

Zu Teilansatz 5 – Frauenzentren mit besonderer Zielsetzung, Frauenverbände, Empowerment-Projekte – habe sie gehört, dass er abgesenkt werden solle. Wieso kürze der Senat laut Brief, den sie über den Hauptausschuss erhalten hätten, Leistungen der Schokofabrik, während es für den Titel einen Aufwuchs gebe?

Teilansatz 6 – Umsetzung Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – begrüße ihre Fraktion grundsätzlich. Was finanziere der Teilansatz konkret?

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA) verweist darauf, dass es einen sehr breiten Berichtsauftrag aus dem Fachausschuss von unterschiedlichen Fraktionen gebe. Diesen würden sie dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen.

Es gebe einen großen Aufwuchs bzgl. Istanbul-Konvention, Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen. Für Projekte in diesem Bereich gebe es keine Kürzungen, sondern es sei vorgesehen, dass mit einer Antragsstellung und einer vorangestellten zuwendungsrechtlichen Prüfung Aufwüchse entsprechend der Mehrbedarfe beschieden würden. Das finde zu Zeitpunkten statt, zu denen es möglich sei und zu denen bestimmte Entscheidungen durch den Haushaltsgesetzgeber vorlägen.

In einem anderen Zusammenhang habe der Ausschuss im Laufe der Sitzung grundsätzliche Fragen zum Zuwendungsrecht diskutiert. SenASGIVA könne sich im Sinne von Laufzeiten und grundsätzlichen Fragestellungen Projekte/Träger, die sich zuwendungsrechtlich in der Vorbescheidung befänden und, wie man die Situation bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes löse, genauer ansehen. SenASGIVA könne in den kommenden Jahren Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Zuwendungsrechts betrachten. Sie arbeiteten auch grundsätzlich im-

mer daran, Laufzeiten aus Projekten/Trägern für die Istanbul-Konvention anzupassen, aber auch an arbeitsmarktpolitischen Projekten, die meist nur eine Laufzeit von einem Jahr hätten.

Es gebe zwei Projekte, deren Förderungszeitraum zum Ende des Jahres ende. Dies basiere auf einem längeren Begründungszusammenhang, der auf ESF-Mittel zurückzuführen sei. Vor zwei Jahren habe unter den damaligen Voraussetzungen eine Prüfung stattgefunden, die Projekte weiterzuführen. Das sei damals nicht passiert. Die alte Hausleitung habe es in die Landesfinanzierung genommen und dann über ein Jahr die Möglichkeit geschafft, es ausklingen zu lassen. Der Senat habe nun mit dem starken Aufwuchs im Bereich Istanbul-Konvention und mit der Perspektive eines Senatsbeschlusses zum Landesaktionsplan Istanbul-Konvention einen breiten Maßnahmenkatalog, der sich über viele Senatsverwaltungen ziehen werde. Die arbeitsmarktpolitischen Projekte blieben im haushälterisch möglichen Rahmen erhalten.

Die zwei Projekte seien nicht bedroht. SenASGIVA fördere das Frauencomputerzentrum und die Schokofabrik weiter. In der Frage, was sie fortsetzten, schauten sie immer genau, ob es noch andere Angebote gebe, die die gleiche Zielrichtung hätten und in anderen Abteilungen der Senatsverwaltung mitbedacht werden könne. So sei es hier passiert. Wenn es trotz allem in den nächsten Jahren die Möglichkeit gebe, es noch mal aufzusetzen, schauten sie es sich an und förderten es weiter.

Es sei schade, dass die Information weitergeleitet werde, dass es Kürzungen im Bereich Gleichstellung gebe und die Projekte um ihre Zukunft bangen müssten. Das sei nicht der Fall. Bei Missverständnissen zur Transparenz im Umgang des Einzelplans würde es im Kontext der Berichterstattung durch den Fachausschuss und ggf. des Hauptausschusses aufgelöst.

Sebastian Walter (GRÜNE) erinnert, bei dem Titel habe schon der Fachausschuss reges Interesse an der Verpflichtungsermächtigung gegeben. Er bitte darum, den Bericht dem Hauptausschuss zur Verfügung zu stellen.

Sei vorgesehen, dass die Verpflichtungsermächtigung für 2025 dazu dienen könne, zweijährige Projektförderung zu ermöglichen?

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA) bestätigt, dazu gebe es auch einen Bericht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die beiden Berichte aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt würden.

Kapitel 1192 – Sozialleistungen (Kriegsopferfürsorge) mit einem Bundesanteil von 80 v.H.–

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 11 ab.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, ob irgendein Projekt aus dem Netzwerk der Wärme es in einen Bezirkshaushalt oder eine andere Regelfinanzierung geschafft habe oder ob alles entfalle.

Zum Integrationsfonds gebe es umfangreiche Schreiben, Bitten, Problemanzeigen aus den Bezirken und von den Trägen. Er bitte den Senat, aus seiner Sicht zu den im Raum stehenden Kürzungen aufzuschreiben, was Fakt und Real sei.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) bestätigt, das Netzwerks der Wärme sei mit Blick auf die Idee und das erzeugte Gemeinschaftsgefühl ein wichtiges Projekt gewesen. Bei der Wirkung gebe es offene Fragen, sodass sie sich entschieden hätten, es nicht erneut in den Haushalt einzubringen. Sie hätten aber Themen angeschaut, die über das Netzwerk der Wärme finanziert worden seien und die im Regelsystem wichtig seien. So gebe es beispielsweise einen Aufwuchs bei der unabhängigen Sozialberatung von 800 000 Euro. Die seien in der Umsetzung schwierig gewesen, da die Träger Geld für Stellen erhalten hätten, aber es sei schwierig, für ein halbes Jahr Personal zu finden. Dementsprechend sei der Betrag für die unabhängige Sozialberatung in den Haushaltsanmeldungen. Das sei zusätzlich, sodass sie geschaut haben, wo es Sinn ergebe, das Regelsystem zu stärken, statt es ins Netzwerk der Wärme zu geben, von dem sie trotz der guten Marke nicht vollständig überzeugt seien.

Zum Integrationsfonds gebe es einen Bericht.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, ob Träger, die davon noch nicht wüssten, aber Bedarf hätten, sich bei SenASGIVA melden könnten, um in den unabhängigen Sozialberatungstopf für nächstes Jahr zu kommen. Sei das schon alles verplant, oder gebe es noch Zugriff? Es gebe noch Projekte, die die Nachtbarschaft gut annehme und an denen es aus Sicht von SenASGIVA und des Bezirks den Bedarf gebe, weiter zu existieren, die aber potenziell Ende des Jahres ausliefen oder ihre Mietverträge verlängern müssten.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) stellt klar, es laufe über auftragsweise Bewirtschaftung, über die Bezirke.

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich, ob es schon eine Aufteilung der Summe auf die Bezirke gebe. Wüssten die Bezirke, dass sie ein Budget zur Verfügung stehen hätten, um Projekte aus dem Netzwerk der Wärme zu verstetigen? Er wünsche sich, dass es in den nächsten Wochen ankomme, um in die Planung gehen zu können. Es wäre schade, Projekte einstellen zu müssen, oder dass Mietverträge ausliefen.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) legt dar, es gebe aktuell eine Verteilung. Das genaue Verfahren müssten sie schriftlich nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Hendrikje Klein (LINKE) fragt, wo die Fachstellen Soziale Wohnhilfe finanziert seien.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) sagt einen schriftlichen Bericht zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 68404 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe –

Hendrikje Klein (LINKE) weist darauf hin, dass es ein abgestuftes Kältehilfekonzept geben solle, das auf dem Kältehilfegipfel mit den Bezirken unterzeichnet werde. Wann finde der Kältehilfegipfel statt? Das Konzept solle zum 30. Juni 2023 fertig sein. Sei es fertig?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) bestätigt, der Gipfel habe im Juni stattgefunden, und im Anschluss hätten sie die Zielvereinbarung mit den Bezirken besprochen. Die letzte Unterschrift hätten sie vor zwei Wochen erhalten. Nun überlegten sie mit einzelnen Bezirken, was sie leisten könnten, wo sie ständen und was das Ziel sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag zur zweiten Lesung fest.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) merkt an, der Titel sei erheblich gekürzt. Wie viele Projekte seien beim Integrationsfonds von wegfallenden Mitteln betroffen? Warum?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) informiert, es gebe einen schriftlichen Bericht.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bestätigt, es werde einen Bericht geben.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht aus dem Fachausschuss dem Hauptausschuss zur zweiten Lesung zur Verfügung gestellt werde.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des Einzelplans 27 ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.